

Protokoll der 6. Sitzung

vom 21. Juni 2010, 8.00 Uhr im Kantonsratssaal in Schaffhausen

Vorsitz Patrick Strasser

Protokoll Erna Frattini und Janine Rutz

Während der ganzen Sitzung abwesend (entschuldigt)

Peter Gloor, Franz Hostettmann, Georg Meier,
Sabine Spross, Thomas Wetter.

Während Teilen der Sitzung abwesend (entschuldigt)

Richard Altorfer, Beat Hedinger, Franz Marty, Jürg Tanner.

<i>Traktanden:</i>	<i>Seite</i>
1. Vorlage des Regierungsrates vom 6. April 2010 betreffend Geschäftsbericht 2009 und Staatsrechnung 2009	239
2. Bericht und Antrag des Regierungsrates betreffend Geschäftsbericht 2008/09 der Elektrizitätswerke des Kantons Schaffhausen AG	272

Neueingänge seit der letzten Sitzung vom 7. Juni 2010:

1. Bericht der Spezialkommission 2010/3 «Teilrevision Wahlgesetz» vom 4. Juni 2010.
2. Motion Nr. 2010/4 von Sabine Spross sowie 15 Mitunterzeichnenden vom 7. Juni 2010 betreffend Rechte der Einwohnerinnen und Einwohner stärken – Schaffung einer Ombudsstelle für den Kanton Schaffhausen. Die Motion hat folgenden Wortlaut:
Der Regierungsrat wird beauftragt, die gesetzlichen Grundlagen zu schaffen, damit auf kantonaler Ebene eine Ombudsstelle geschaffen werden kann, an welche sich die Einwohnerinnen und Einwohner des Kantons Schaffhausen und die Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter der kantonalen Verwaltung wenden können.
Aus Effizienzgründen ist ebenfalls zu prüfen, inwieweit sich die Gemeinden einer Ombudsstelle anschliessen können.
3. Motion Nr. 2010/5 von Franziska Brenn sowie 11 Mitunterzeichnenden vom 14. Juni 2010 betreffend Ergänzungsleistungen für einkommensschwache Familien. Die Motion hat folgenden Wortlaut:
Der Regierungsrat wird beauftragt, die gesetzlichen Grundlagen zur Einführung von Ergänzungsleistungen für einkommensschwache Familien zu schaffen.

Zusammensetzung der an der letzten Sitzung eingesetzten Spezialkommission 2010/4 «Änderung des Gesetzes gegen Atommüll-Lagerstätten»: Dino Tamagni (Erstgewählter), Urs Capaul, Daniel Fischer, Franz Hostettmann, Martin Kessler, Stephan Rawyler, Thomas Wetter.

*

Protokollgenehmigung

Das Protokoll der 5. Sitzung vom 7. Juni 2010 wird ohne Änderungen genehmigt und verdankt.

*

1. Vorlage des Regierungsrates vom 6. April 2010 betreffend Geschäftsbericht 2009 und Staatsrechnung 2009

Eintretensdebatte

Werner Bächtold (SP), Präsident der Geschäftsprüfungskommission: Ich habe mich zusammen mit der zuständigen Regierungsrätin Rosmarie Widmer Gysel so abgesprochen, dass wir den Ablauf der Eintretensdebatte etwas abändern. Bis heute war es so, dass der Präsident der GPK zuerst gesprochen hat, dann folgte das Eintreten, und erst am Schluss erhielt die Regierung das Wort zur Erläuterung der Staatsrechnung. Dieses Verfahren dünkt mich wenig sinnvoll. Daher drehen wir es heute um, das heisst, ich schlage Ihnen Folgendes vor: Zuerst erläutert die Regierungsrätin einige Eckdaten zur Staatsrechnung, anschliessend verlese ich den Bericht der GPK und danach findet die Eintretensdebatte statt.

Regierungsrätin Rosmarie Widmer Gysel: Ich danke für die Gelegenheit, zu Beginn einige generelle Kommentare zur Staatsrechnung machen zu dürfen.

Ergebnis der Staatsrechnung 2009



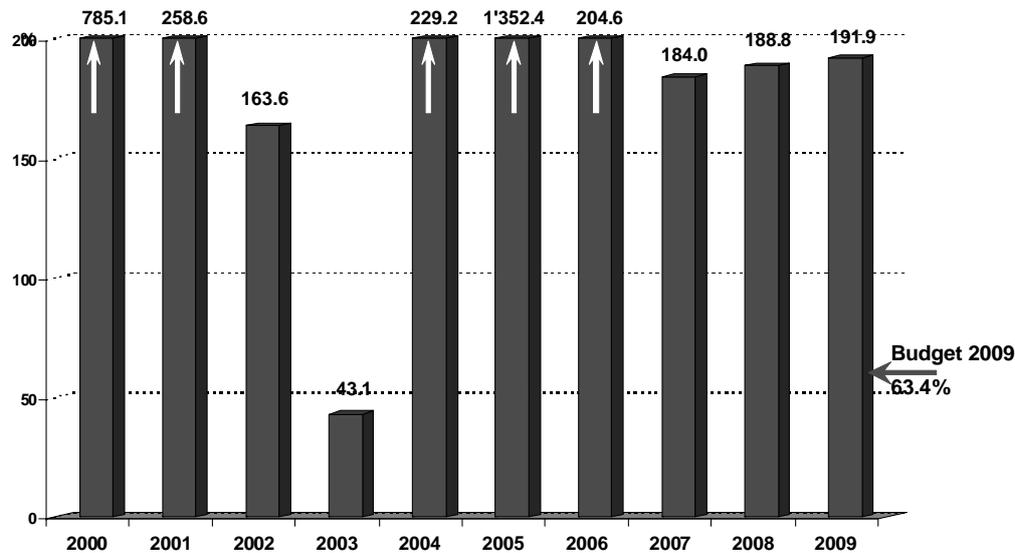
in Mio. Franken	Rechnung	Budget ¹⁾	Abweichung
Laufende Rechnung			
Aufwand	627,2	614,3	+ 12,9
Ertrag	641,0	616,8	+ 24,2
Ergebnis	13,8	2,5	+ 11,3
Investitionsrechnung			
Ausgaben	23,9	31,5	- 7,6
Einnahmen	4,7	3,8	+ 0,9
Nettoinvestitionen	19,2	27,7	- 8,5

¹⁾ exkl. Nachtragskredite Laufende Rechnung Fr. 2'228'204
exkl. Nachtragskredite Investitionsrechnung Fr. 1'085'000

Das Ergebnis der Laufenden Rechnung beträgt 13,8 Mio. Franken und ist damit um 11,3 Mio. Franken besser als ursprünglich budgetiert. Der Aufwand liegt 12,9 Mio. Franken über dem Budget; er enthält allerdings rund 8 Mio. Franken zusätzliche Abschreibungen.

Die budgetierten Investitionen konnten nicht erreicht werden. Sie liegen 7,6 Mio. Franken unter dem Voranschlag. Insbesondere beim Ausbau der Staatsstrassen, den Hochbauten – inklusive kantonseigener Schulbauten und der Beiträge an die Schulhausbauten in den Gemeinden – wurde weniger als im Budget angenommen investiert.

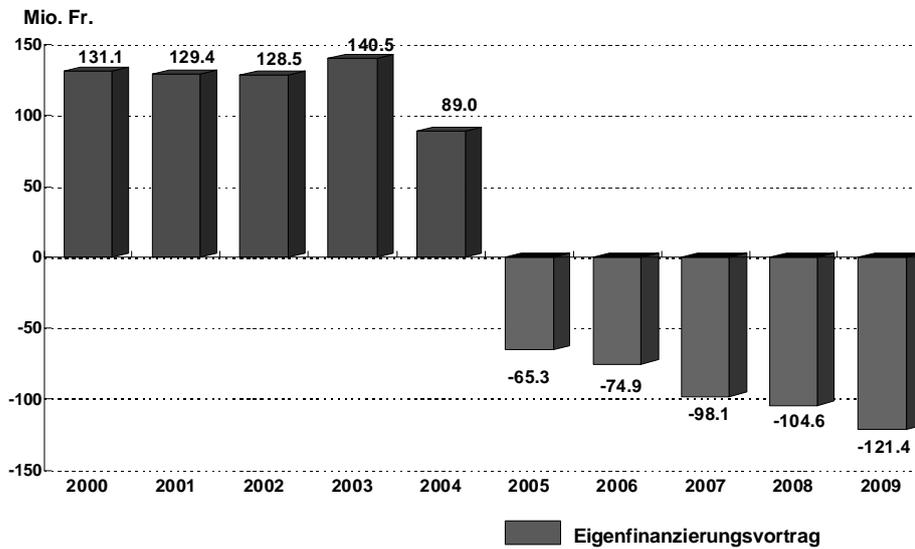
Selbstfinanzierungsgrad 2000 bis 2009



Dank den höheren beziehungsweise zusätzlichen Abschreibungen (+ 8 Mio. Franken), dem besseren Ergebnis (+ 11,3 Mio. Franken) und den tieferen Investitionen resultiert ein Finanzierungsüberschuss und damit ein hoher Selbstfinanzierungsgrad von 191,9 Prozent. Im Budget gingen wir noch von einem Finanzierungsfehlbetrag und demzufolge von einem Selbstfinanzierungsgrad von 63,4 Prozent aus.

Die letzten 10 Jahre im Überblick lassen die guten Abschlüsse erkennen. Eine andere Phase ist aber bereits abzusehen. Gemäss Finanzplan wird der Selbstfinanzierungsgrad in den nächsten Jahren mit Sicherheit unter 100 Prozent liegen.

Entwicklung der Nettolast 2000 - 2009

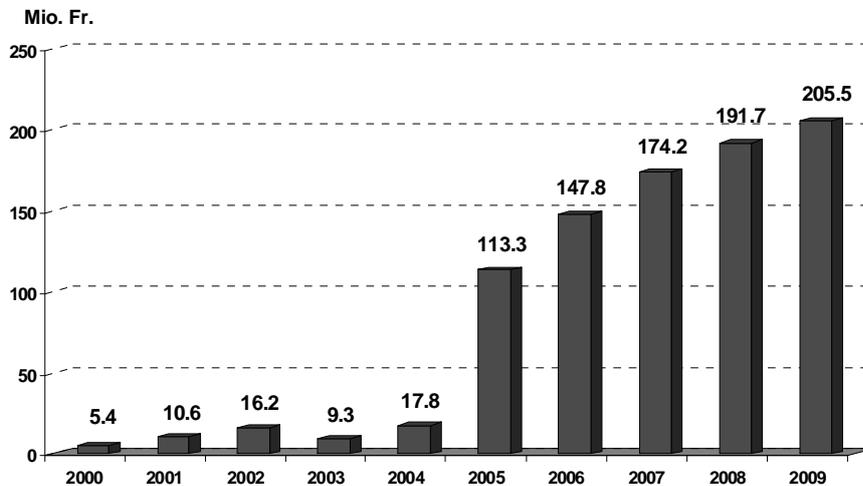


Die Entwicklung der Nettolast über die letzten 10 Jahre: Seit 5 Jahren sollten wir eigentlich den positiven Ausdruck der Eigenfinanzierung verwenden! Die Eigenfinanzierung konnte im Jahr 2009 um 16,8 Mio. Franken verbessert werden.

Gestatten Sie mir einen kleinen Hinweis: Die Definition unserer Finanzkennzahlen ist auf Seite C 230 des Geschäftsberichtes aufgeführt, die Berechnung des zugegebenermassen nicht ganz einfach nachvollziehbaren Eigenfinanzierungsvortrags auf Seite C 23.

Selbstfinanzierungsgrad und Nettolast beziehungsweise Eigenfinanzierung sind gewichtige Faktoren im Rating zur Bonitätsbeurteilung eines Kantons. Der Kanton Schaffhausen ist gemäss der Bonitätsbeurteilung 2010 aller 26 Schweizer Kantone der Zürcher Kantonalbank (ZKB) wiederum einer der 6 Kantone mit einer stabilen AAA-Beurteilung. Auch das ist für uns ein wichtiger Standortvorteil!

Entwicklung Eigenkapital 2000 - 2009



Als letztes Diagramm die erfreuliche Entwicklung unseres Eigenkapitals über die letzten 10 Jahre: Wir verfügen über ein Polster, damit wir – wie es auch im Finanzplan vorgesehen ist – dieses und die nächsten beiden schwierigeren Jahre überbrücken und auch die notwendigen Investitionen angehen können.

Entwicklung des Steuerertrages 2005 bis 2009



in Mio. Franken	Rechnung	Budget	Rechnungen			
	2009	2009	2008 ¹⁾	2007	2006	2005
Natürliche Personen	211,5	210,0	211,1	188,3	188,6	190,1
Juristische Personen	39,8	43,0	39,9	48,4	45,6	36,2
– Abgrenzung für Rückzahlung JP und Reduktion der Unternehmenssteuern per 01.01.2008			-5,0	-	-	-
– Auflösung Abgrenzung für Rückzahlung JP und Reduktion der Unternehmenssteuern per 01.01.2008	5,0	-	-	-	-	-
Total Juristische Personen	44,8	43,0	34,9	48,4	45,6	36,2
Grundstückgewinnsteuer	5,5	4,5	4,1	4,3	4,0	3,8
Auflösung Restanzen		5,0	-	-	-	-
Nach-/Strafsteuer	0,5	0,4	0,4	0,6	0,3	0,8
Total Einkommens- und Vermögenssteuer	262,3	262,9	250,5	241,6	238,5	230,9
Erbschafts- und Schenkungssteuer	4,6	4,5	6,9	4,4	4,1	3,6
Besitz- und Aufwandsteuer	13,2	12,9	13,0	12,8	12,6	12,6
Total Steuerertrag	280,1	280,3	270,4	258,8	255,2	247,1

¹⁾ inkl. Mehreinnahmen aus dem Steuerfussabtausch mit den Gemeinden als Folge der innerkantonalen Umsetzung der NFA in Höhe von 6 Steuerfusspunkten.

Noch ein letztes Wort zu den Steuereinnahmen: Hier die Darstellung, wie sie auf Seite C 11 im Bericht und Antrag zur Staatsrechnung 2009 aufgeführt ist.

Wenn wir den Steuerertrag der Jahre 2008 und 2009 für die natürlichen Personen vergleichen, stellen wir fest, dass dieser trotz der Revision des Steuergesetzes mit einer Entlastung um insgesamt 10,9 Mio. Franken auf dem Vorjahresniveau liegt. Der Steuerertrag bei den juristischen Personen ist stabil, unter Ausklammerung der 2008 getätigten und 2009 aufgelösten Rückstellungen.

Dies gibt mir die Gelegenheit, unseren Steuerzahlenden zu danken, sowohl den natürlichen als auch den juristischen Personen. Die um rund 1,4 Mio. Franken höheren Grundstückgewinnsteuern sind auf die gute Bau- und Immobilientätigkeit zurückzuführen. Insgesamt war der Steuerertrag stabil. Der Gap von 10 Mio. Franken resultiert aus den angeführten getätigten und aufgelösten Rückstellungen in der Höhe von 5 Mio. Franken. Es zeigt sich, dass der eingeschlagene Weg in Bezug auf steuerliche Entlastungen der richtige ist. Eine nächste Steuergesetzrevision befindet sich in Planung. Nach Vorliegen des Budgets 2011 werden wir auch eine grössere Klarheit darüber haben, wie gross der finanzielle Spielraum sein wird und wie diese Steuergesetzrevision materiell ausgestaltet werden soll. Ich danke für Ihre Aufmerksamkeit.

Werner Bächtold (SP), Präsident der Geschäftsprüfungskommission: Die Präsentation der Finanzdirektorin hat sich nur schon deshalb gelohnt, weil eine solche Lichtschau in unserem Saal doch immer wieder sehenswert ist und wir diese teuren Geräte eigentlich viel zu wenig nutzen. Ich bedanke mich bei der Finanzdirektorin für ihre Einführung und gebe jetzt den Bericht der Geschäftsprüfungskommission bekannt.

Im schwierigen wirtschaftlichen Umfeld legt der Regierungsrat für das Jahr 2009 einen guten bis sehr guten Abschluss vor. In der Laufenden Rechnung resultiert bei einem Aufwand von 627,2 Mio. Franken und einem Ertrag von 641,0 Mio. Franken ein Überschuss von 13,8 Mio. Franken. Das sind rund 10 Mio. Franken mehr als budgetiert. Das ist grossartig.

Für diesen grossen Überschuss gibt es natürlich Gründe: Auf den Seiten C 9 und C 10 sind diese ersichtlich. Auf der Aufwandseite sind die grössten Abweichungen bei den Abschreibungen auf dem Finanz- und dem Verwaltungsvermögen, das hat Regierungsrätin Rosmarie Widmer Gysel erwähnt, sowie bei den eigenen Beiträgen entstanden. So wurden mehr als 10 Mio. Franken ausserordentliche Abschreibungen vorgenommen, und die Beiträge an andere Krankenanstalten – wobei mir wichtig ist zu betonen, an andere Krankenanstalten, also nicht an die Spitäler Schaffhausen – und an Behinderteneinrichtungen und -werkstätten

schlugen mit rund 5,5 Mio. Franken zu Buche. Beim Personal- und beim Sachaufwand ergaben sich keine nennenswerten Abweichungen gegenüber dem Voranschlag. Auf der Ertragsseite sticht der um 9 Mio. Franken höher ausgefallene Anteil an der direkten Bundessteuer sowie der um rund 1,2 Mio. Franken höhere Anteil am Ertrag der Kantonalbank ins Auge. Unsere Kantonalbank, darauf kommen wir bei der Behandlung des Geschäftsberichts dieser Institution zurück, hat also erneut mehr als budgetiert abgeliefert.

Ein Wort zu den Steuereinnahmen: Diese liegen mit 280,1 Mio. Franken lediglich 0,2 Mio. Franken unter dem Voranschlag. Dieses Ergebnis ist insofern ein wenig erstaunlich, als der erwartete Steuerausfall aufgrund der Steuergesetzrevision (Entlastung der Familien und des Mittelstandes) dank der guten Lohnrunde 2008/09 weitgehend aufgefangen werden konnte! Da gebührt auch den Steuerzahlerinnen und Steuerzahlern unser herzlicher Dank.

Die Investitionsrechnung schliesst mit 19,2 Mio. Franken Nettoinvestitionen um 8,5 Mio. Franken tiefer als budgetiert ab. Auf Seite C 20 ist ersichtlich, dass bei fast allen Positionen mehr oder weniger deutlich weniger investiert wurde, als möglich gewesen wäre. Der Baudirektor, der jeweils die höchsten Investitionen auszulösen pflegt, hat in der GPK dazu bemerkt, dass auch mit grossen Anstrengungen kaum höhere Investitionen möglich gewesen wären, da das Baugewerbe immer noch übervolle Auftragsbücher habe. Es hätte also gar nicht mehr gebaut werden können, selbst wenn man gewollt hätte. Es wurde uns aber versichert, die Investitionen würden in Zukunft wieder höher ausfallen.

Zu den WoV-Betrieben sage ich nur so viel: Die Berichterstattung liegt zum letzten Mal in dieser Form vor. Nachdem die Stimmbürgerinnen und Stimmbürger letztes Jahr grünes Licht für die definitive Einführung der WoV in einzelnen Dienststellen gegeben haben, wird die neue, deutlich übersichtlichere und damit auch aussagekräftigere Form der Darstellung bereits beim Voranschlag 2011 zur Anwendung gelangen. Darauf freuen wir uns. Im Namen der GPK habe ich bei der Finanzdirektorin angeregt, für die GPK-Mitglieder und weitere interessierte Ratsmitglieder eine WoV-Schulung anzubieten. Vielen von uns fehlt das notwendige Detailwissen, um die uns zugewiesenen Aufgaben auch gegenüber den WoV-Dienststellen wahrzunehmen. Bis heute wurde noch keine WoV-Motion eingereicht – das ist eigentlich ein deutliches Zeichen – unter anderem deswegen, weil wir nicht genau wissen, wie wir mit diesem politischen Instrument umzugehen haben und wie man damit die Ausgaben beziehungsweise deren Wirkung steuern könnte. Regierungsrätin Rosmarie Widmer Gysel hat mir zugesagt, eine solche Schulung auf den Herbst 2010 zu planen und Sie dann entsprechend einzuladen.

Bei einem Ertrag in der Laufenden Rechnung von 13,8 Mio. Franken, Nettoinvestitionen von 19,2 Mio. Franken und Abschreibungen auf dem Verwaltungsvermögen von 23,0 Mio. Franken beträgt der Finanzierungsüberschuss 17,6 Mio. Franken. Aus diesen drei Angaben errechnet sich dann auch der Selbstfinanzierungsgrad. Dieser liegt bei hohen 191,9 Prozent.

Der Schlussaldo oder das Vermögen des Kantons beträgt jetzt 205,5 Mio. Franken, knapp 14 Mio. Franken mehr als letztes Jahr. Das ist sehr viel Geld, das uns optimistisch in die Zukunft blicken lässt. Der Kanton kann sich in den kommenden Jahren einiges leisten und er kann dafür sorgen, dass einzelnen Gemeinden, die nicht so gut dastehen wie er selber, in der näheren Zukunft der Schnauf nicht ganz ausgeht. Die Gelegenheit dazu wird sich beim Bildungslastenausgleich bald ergeben.

Die Geschäftsprüfungskommission hat an drei Sitzungen den Geschäftsbericht und die Staatsrechnung 2009 sorgfältig geprüft. Die Mitglieder der GPK reichen ihre Fragen jeweils vorgängig in schriftlicher Form bei den Departementsvorstehenden ein. Diese sorgen für eine schriftliche Beantwortung, welche an den Sitzungen beziehungsweise kurz vor den Sitzungen vorliegt. Dieses Vorgehen hat sich bewährt. Wir haben dieses Jahr viele Fragen gestellt, die zu unserer vollen Zufriedenheit beantwortet wurden! Alle Beteiligten, die Regierung, die Verwaltung und die Mitglieder der GPK, leisten jeweils in kürzester Zeit einen unglaublich hohen Einsatz. Dafür möchte ich mich bei allen ganz herzlich bedanken. Die GPK ist einstimmig auf die Staatsrechnung für das Jahr 2009 eingetreten und empfiehlt Ihnen, geschätzte Kolleginnen und Kollegen, diese zu genehmigen.

Im Namen der GPK bedanke ich mich bei der Regierung und bei der Verwaltung für die im vergangenen Jahr geleistete grosse und sehr gute Arbeit.

Meinen Ausführungen schliesse ich die Stellungnahme der SP-AL-Fraktion an. Diese wird auf die Staatsrechnung eintreten und sie genehmigen. Erlauben Sie mir noch ein Wort in eigener Sache, das heisst aus dem Innenleben der GPK; ich betone, dass ich im Namen aller GPK-Mitglieder spreche. Die Arbeitsbelastung der GPK hat inzwischen ein Ausmass angenommen, das eine seriöse Arbeit für eine Milizparlamentarierin und einen Milizparlamentarier nicht mehr zulässt. In kürzester Zeit müssen der Geschäftsbericht und die Staatsrechnung, der Bericht der Wirtschaftsförderung, der Jahresbericht der Sonderschulen, die Geschäftsberichte der Kantonalbank, der EKS AG, der Gebäudeversicherung, der RVSH und der Bericht der Finanzkontrolle verarbeitet werden. All dies umfasst insgesamt rund 700 A4-Seiten! Ich habe allein das Papier, das zum Geschäftsbericht und der Staatsrechnung gehört, zur Illustration hier. Es sind ungefähr 3,5 Kilo. Seriös arbeiten würde nach dem Verständnis der

GPK heissen: Die Berichte lesen, mit den Vorjahren und dem Finanzplan vergleichen, Fragen formulieren, diese allenfalls mit einzelnen Dienststellen besprechen, Antworten lesen und entsprechend interpretieren. Leider ist das den meisten, nein, allen GPK-Mitgliedern nicht in der erforderlichen Qualität möglich. Es darf nicht sein, dass einzelne GPK-Mitglieder während der Phase der Rechnungsprüfung beziehungsweise der Budgetdiskussion ihr Arbeitspensum auf eigene Kosten reduzieren müssen, damit sie diese 700 Seiten seriös verarbeiten können. So geht es nicht. Der Zeitaufwand übersteigt die Möglichkeit von zu 100 Prozent arbeitenden GPK-Mitgliedern, auch wenn sie über die Wochenenden arbeiten, bei Weitem. So kann das nicht weitergehen. Ich möchte mich nicht beklagen oder jammern, aber wir müssen einen Weg finden, wie wir die Arbeit in der GPK wieder seriös und in der notwendigen Tiefe erledigen können. Denn sonst sitzen wir als Parlament definitiv am zu kurzen Hebel. Die GPK muss über geeignete Mittel und Zeitgefässe verfügen können, um diese Arbeit so auszuführen, wie es die Öffentlichkeit und Sie erwarten. Die GPK wird am kommenden Donnerstag Lösungsvorschläge ausarbeiten und hofft anschliessend auf Ihre Unterstützung bei deren Umsetzung, falls es zu Anträgen kommen sollte.

Kantonsratspräsident Patrick Strasser (SP): Ich danke dem Präsidenten der Geschäftsprüfungskommission, auch für seine offenen Worte zum Schluss. Ich bin über diese sehr froh und auch gespannt, welche Lösungsvorschläge uns die Geschäftsprüfungskommission unterbreiten wird, wie die Arbeitsbelastung reduziert oder, besser gesagt, die ganze Administration gestaltet werden kann, damit die Aufgaben auch wirklich erledigt werden können. Ich wäre froh, wenn die Geschäftsprüfungskommission ihre Vorschläge zuerst dem Büro zukommen lassen würde, damit wir diese gemeinsam besprechen können. Besten Dank.

Andreas Bachmann (SVP): Freude herrscht im Schaffhauserland! Im Namen der SVP-JSVP-EDU-Fraktion danke und gratuliere ich der Regierung und allen Mitarbeitenden der Verwaltung für die seriöse, zielgenaue Budgetierung und für die hohe Budgetdisziplin, trotz des kritischen Umfelds im Jahr 2009. Wie bereits erwähnt wurde, ist der Rechnungsabschluss 2009 besser als erwartet ausgefallen. Besonders gefreut haben wir uns darüber, dass man die Kostenseite so gut im Griff hatte, wurde doch der budgetierte Sachaufwand deutlich unterschritten und der Personalaufwand ungefähr eingehalten. Das Eigenkapital des Kantons ist auf 205,5 Mio. Franken gestiegen, was für die kommenden Jahre zusätzliche Handlungsfreiheit bedeutet.

Wir danken neben der Verwaltung und der Regierung auch der Finanzkontrolle, die ihre Arbeit souverän und zeitgenau erledigt hat. Es ist mir

als Mitglied der GPK schon klar, dass Eigenlob stinkt. Aber ein besonderer Dank gebührt auch der GPK, die unter ihrem Präsidenten Werner Bächtold das rund 500-seitige «Telefonbuch» (Geschäfts- und Verwaltungsbericht) plus wenige Hundert Seiten Geschäftsberichte zielstrebig und punktgenau bearbeiten konnte. Dies ist eine echte Herausforderung für Ratsmitglieder, die selber eine Firma betreiben oder sonst einer selbstständigen Tätigkeit nachgehen

Einige Punkte haben in der SVP-JSVP-EDU-Fraktion Stirnrunzeln verursacht: zum Beispiel die grosse Anzahl an Verlustscheinen, welche heute jedoch von der Verwaltung aktiv und erfolgreich bewirtschaftet werden, die geringe Transparenz bei Beiträgen an IV-Heime im Kanton und der immer höher werdende Aufwand für die Verbilligung der Krankenkassenprämien. In Einzelfällen sind die Kommentare in der Verwaltungsrechnung mangelhaft oder wenig aussagekräftig.

Die SVP-JSVP-EDU-Fraktion stimmt dem Geschäfts- und Verwaltungsbericht 2009 einstimmig zu.

Martin Kessler (FDP): Ein Ertragsüberschuss von 13,8 Mio. Franken, 11,3 Mio. Franken besser als budgetiert, Nettoinvestitionen von 19,2 Mio. Franken, Abschreibungen von 23 Mio. Franken, davon rund 10 Mio. Franken ausserordentlich, und ein Selbstfinanzierungsgrad von 191,9 Prozent – dies, meine Damen und Herren, sind Zahlen, die uns zu begeistern vermögen. Insbesondere vermögen sie zu begeistern, wenn man bedenkt, in welchem wirtschaftlichen Umfeld sie entstanden sind. Dementsprechend hat die FDP-JF-CVP-Fraktion den Geschäftsbericht und die Staatsrechnung 2009 mit Freude zur Kenntnis genommen und beantragt Ihnen, beides zu genehmigen.

An dieser Stelle danken wir auch allen, die zu diesem guten Ergebnis beigetragen haben: speziell allen Angestellten von Behörden und Verwaltung, selbstverständlich unserem ehemaligen Finanzdirektor Heinz Albicker, der einen finanziell kerngesunden Haushalt an seine Nachfolgerin übergeben konnte, und nicht zuletzt dem Steuerzahler – denn ohne ihn geht es nun mal nicht. Aber auf diesen komme ich später zurück.

Dass 2009 nicht alle budgetierten Investitionen getätigt werden konnten, erachten wir als keinesfalls dramatisch, im Gegenteil. Nicht nur die Verwaltung war nicht in der Lage, alle geplanten Vorhaben umzusetzen, auch die einheimische Privatwirtschaft, speziell die Bauwirtschaft – und bei staatlichen Investitionen geht es nun mal meistens um den Bau –, hätte die Projekte aus Kapazitätsgründen gar nicht bewältigen können. Im Übrigen zeigen die aktuellsten Wirtschaftszahlen auch, dass sich unsere Wirtschaft, die nationale wie auch die regionale, schneller als erwartet erholt hat. Wir haben also gut daran getan, entgegen der Hysterie in linken Kreisen, auf sinnlose, aber teure Konjunkturstützungspro-

gramme zu verzichten. Sie hätten nichts genützt und nur den Staatshaushalt belastet. Die aussergewöhnlich gute Staatsrechnung 2009 belegt das in eindrücklicher Weise und ist nicht nur das Resultat konsequenter bürgerlicher Finanzpolitik, sondern auch einer liberalen, auf unnötige staatliche Eingriffe verzichtenden Wirtschaftspolitik.

Trotzdem freuen wir uns, dass unser Kanton aufgrund seiner soliden Finanzlage auch in den nächsten Jahren dort, wo es sinnvoll ist, kräftig investieren kann.

Zum guten Resultat wesentlich beigetragen hat unsere ausserordentlich erfolgreiche Wirtschaftsförderung. Insbesondere wegen neu angesiedelter Unternehmen liegt der Kantonsanteil an der direkten Bundessteuer um 9 Mio. Franken über dem Budget. Dies einmal mehr zuhanden derer, die immer noch glauben, dass die Wirtschaftsförderung sinnlos Steuergelder verschenkt.

Die Geschäftsprüfungskommission hat den Bericht sehr intensiv behandelt. Unzählige Fragen wurden gestellt und alle wurden hinlänglich beantwortet. Somit sind auch aus unseren Reihen keine wesentlichen Fragen mehr zu erwarten.

Und doch gibt es für uns zwei wichtige Forderungen. Erstens: Nach Jahren der Ungewissheit, wie es mit den WoV-Betrieben weitergehen soll, ist deren Berichterstattung nun schnellstmöglich zu überprüfen und zu verbessern. Produkte, Indikatoren und Ziele sollen neu definiert, die Berichte aussagekräftiger gestaltet werden. Nur so kann die WoV ihren eigentlichen Zweck erfüllen, nämlich ein Führungs- und Managementinformationssystem zu sein.

Zweitens, ich habe es bereits angedeutet, geht es um den Steuerzahler. Die Serie von sehr bis extrem erfolgreichen Jahresabschlüssen hält weiter an. Nachdem sämtliche Rechnungsabschlüsse der letzten Jahre weit aus besser als geplant ausgefallen sind, ist dies auch bei den Abschlüssen gemäss Finanzplan 2010–2013 nicht anders zu erwarten, schliesslich haben ihn die gleichen Autoren geschrieben. Daher kann man davon ausgehen, dass sich der für das laufende Jahr geplante Fehlbetrag von 8 Mio. Franken in Luft auflösen wird. Aber auch wenn die Steuererträge der juristischen Personen, wie im Finanzplan erwartet, vorübergehend zurückgehen – was für 2010 stimmen mag, für die Jahre danach aber aufgrund der bereits wieder anziehenden Konjunktur sehr wohl in Frage gestellt werden darf –, liegt in Anbetracht des Ergebnisses 2009 eine substantielle Reduktion des Steuerfusses drin. Die beste Konjunkturförderungsmassnahme ist ja bekanntlich, das Geld beim Konsumenten zu belassen. Wir erwarten daher vom Regierungsrat für das Jahr 2011 eine Steuerfussenkung um 5 Prozent. Es müssten somit schon im Herbst einschneidende Ertragsausfälle sichtbar sein, welche es dem Regie-

rungsrat verunmöglichten, unserer Forderung bezüglich einer Steuerfussenkung nachzukommen.

Verbunden mit dieser Erwartung werden wir die vorliegende Staatsrechnung 2009 genehmigen.

Regula Widmer (ÖBS): In wirtschaftlich rauen Zeiten konnte der Kanton Schaffhausen ein gutes Ergebnis erwirtschaften. Der Rechnungsabschluss 2009 ist besser als erwartet ausgefallen.

Die Auflösung von Rückstellungen und ebenso die hohe Budgettreue haben zu diesem guten Ergebnis beigetragen. Investitionen wurden nicht im budgetierten Rahmen getätigt, das bedauern wir. Den Umständen entsprechend ist es aber nachvollziehbar und richtig.

Das Eigenkapital konnte nochmals erhöht werden. Dies wird wichtig sein, wenn in den nächsten beiden Jahre Ergebnisse mit negativen Zahlen erwartet werden. Dank des finanziellen Polsters ist es dem Kanton aber möglich, die geplanten Investitionen trotzdem und aus eigener Kraft zu tätigen.

Wir können mit Genugtuung feststellen, dass der Kanton Schaffhausen die Finanzen im Griff hat. Dafür gebühren dem Regierungsrat und insbesondere dem zurückgetretenen Finanzdirektor Heinz Albicker unser Dank und unsere Anerkennung. Zu danken gilt es aber auch allen Steuerpflichtigen, die ihren Obolus entrichtet haben, und insbesondere dem Personal, welches mit hoher Budgetdisziplin das nun vorliegende Ergebnis ermöglicht hat. Unser Dank geht aber auch an die Finanzkontrolle, die ihre Arbeit seriös erledigt hat.

Die ÖBS-EVP-Fraktion stimmt dem Geschäfts- und dem Verwaltungsbericht 2009 einstimmig zu und wird die Anträge unterstützen.

Regierungsrätin Rosmarie Widmer Gysel: Ich bedanke mich bei den Fraktionen für ihre Erklärungen zum Eintreten auf die Staatsrechnung 2009.

Gestatten Sie mir noch eine Bemerkung: Die FDP-JF-CVP-Fraktion hat eine Senkung des Steuerfusses um 5 Prozent verlangt. Ich habe es bereits eingangs erwähnt: Wir wollen nächstes Jahr gezielte Massnahmen im Bereich der Steuerentlastungen angehen. Wir wollen keine Giesskanne, was es aber wäre, wenn wir von einer Steuerfussenkung von 5 Prozent sprächen. Grosso modo würde eine solche 10 Mio. Franken ausmachen. Wir sehen vor, und die Planungsarbeit ist im Gange, Ihnen im ersten Quartal des nächsten Jahres, also 2011, mit einer Revision des Steuergesetzes Entlastungen für natürliche und juristische Personen zu beantragen.

Ich möchte Ihnen aber insbesondere sagen, dass wir den Dank an die Mitarbeitenden für ihre Arbeit im letzten Jahr sehr gern mitnehmen und

weitergeben werden. Wir unsererseits bedanken uns bei der Geschäftsprüfungskommission für die gute Zusammenarbeit im Zusammenhang mit der Beratung dieses Geschäftsberichtes und der Jahresrechnung 2009.

Weitere Wortmeldungen erfolgen nicht. Eintreten ist unbestritten und somit beschlossen.

Detailberatung

Teil A Verwaltungsbericht

Departement des Innern

Seite A 22

Beratungen von Asylsuchenden

Manuela Schwaninger (JSVP): Wie sind die massiven Zunahmen der persönlichen Beratungen im Bereich der Asylsuchenden zu begründen? Ich stelle vor allem eine starke Zunahme der Beratungen abgewiesener Personen fest, welche die Schweiz verlassen müssten.

Regierungsrätin Ursula Hafner-Wipf: Ich beantworte diese Frage gern. Einerseits wurden neu die telefonischen Beratungen ebenfalls gezählt. Das war bisher nicht der Fall. Die Zunahme, vor allem bei den abgewiesenen Asylsuchenden, basiert darauf, dass wir intensiv Rückkehrgespräche führen. Diese Personen müssten die Schweiz ja verlassen, können dies aber aus verschiedenen Gründen nicht. Wir müssen sie immer wieder darauf hinweisen, dass sie alles unternehmen sollen, um Papiere zu beschaffen. Das ist allerdings wenig erfolgreich. Wir haben im vergangenen Winter sogar ein Projekt lanciert: Wir beschäftigten einen Schweizer mit nigerianischem Migrationshintergrund, der vor allem mit den Nigerianern Gespräche führte, dass sie doch die Schweiz verlassen sollten. Aber Sie wissen ja selber, dass das nicht so einfach ist. Wir tun alles, was uns möglich ist, aber der Erfolg ist eher mässig.

Baudepartement**Seite A 59****2330 Hochbauamt****Liegenschaftenverwaltung**

Markus Müller (SVP): Wir betreiben zurzeit, und das zu Recht, ziemlich aggressiv Wohnbauförderung und wollen schöne und gute Wohnlagen erschliessen. Eine dieser Superwohnlagen ist sicher dort, wo sich unsere neuen Museen befinden, also das Zeughaus und das Schloss Charlottenfels. Jetzt sehe ich hier, dass, unter anderem mit dem Museum im Schloss Charlottenfels, neue Verträge abgeschlossen wurden. Ist das Museum dort neu? Ich habe noch nie davon gehört. Und wie lange läuft ein solcher Vertrag? Ist man da allenfalls flexibel, wenn dort, wie der Wirtschaftsförderer es wünscht, eine Überbauung oder irgendetwas anderes erstellt würde?

Regierungsrat Reto Dubach: Im Schloss Charlottenfels ist in der Tat ein kleines Museum geplant. Im ersten Stock des Schlosses war bisher eine Wohnung untergebracht. Früher war dort der Direktor der Gewerbeschule beziehungsweise des Berufsbildungszentrums zu Hause. Für diese Wohnung besteht aber kein Bedarf mehr. Die Wohnung befindet sich auch in einem solchen Zustand, dass sie auch anderweitig nicht mehr vermietet werden kann. Gleichzeitig hat die Stiftung «Heinrich Moser» Interesse bekundet, das Leben von Heinrich Moser, unserem Industriepionier, nachzuzeichnen und im Rahmen eines kleinen Museums auch sein Wirken der Öffentlichkeit bekannter zu machen. Schloss Charlottenfels hat ja auch sehr viel mit Heinrich Moser zu tun, denn er hat es erbaut. Insofern ist diese Initiative unterstützungswürdig, und im Herbst/Winter dieses Jahres soll das Museum eröffnet werden. Die Investitionen, die in diesem Zusammenhang notwendig werden, erbringt die Stiftung «Heinrich Moser» und nicht der Kanton. Der Mietvertrag ist so ausgestaltet, dass der Mietvertrag, wenn ein anderweitiger Bedarf für das Charlottenfels-Areal entsteht, wieder aufgelöst werden kann. Es geht beim Charlottenfels aber nicht in erster Linie um das Schloss, das für Immobilienzwecke zur Verfügung gestellt werden soll, sondern vor allem um die nicht überbauten Areale auf diesem Gebiet zwischen Neuhausen und Schaffhausen.

Im Zeughaus haben wir ein Militärmuseum. Dort hat sich der Regierungsrat sehr intensiv mit der Dauer des Mietvertrags auseinandergesetzt. Es war auch immer unsere Absicht, dass, im Hinblick auf die Arealentwicklung in der Breite, durch die Unterbringung des Museums im Zeughaus

nichts präjudiziert werden soll. Daher kann auch dieses Gebiet freigestellt werden, sofern die Entwicklungen dann auch tatsächlich eintreten.

Beide Areale werden weiter dahingehend bearbeitet und geprüft, inwiefern sie im Rahmen des Projekts «Wohnraumentwicklung» für Immobilienzwecke zur Verfügung stehen. Eine externe Begleitgruppe hat sich dieser Sache angenommen und der Kantonsrat beziehungsweise die Fraktionen sind in dieser Gruppe entsprechend vertreten.

Volkswirtschaftsdepartement

Seite A 80

2420 Kantonales Arbeitsamt Interinstitutionelle Zusammenarbeit (IIZ)

Iren Eichenberger (ÖBS): Von interinstitutioneller Zusammenarbeit (IIZ) war vor allem im Vorfeld der fünften IV-Revision die Rede. Diese IIZ stand damals quasi als konstruktive Alternative zum Konkurrenzverhalten oder auch Abschiebeverhalten zwischen Programmanbietern und Sozialversicherungen. Mich würde heute, zwei Jahre nach der Einführung der fünften IV-Revision, interessieren, wie sich diese interinstitutionelle Zusammenarbeit entwickelt hat.

Regierungsrat Erhard Meister: Es handelt sich um eine Zusammenarbeit verschiedener Dienststellen im Sozialbereich, insbesondere zwischen dem Arbeitsamt, dem Sozialversicherungsamt, den Sozialen Diensten und auch den Sozialämtern speziell der Stadt Schaffhausen und der Gemeinde Neuhausen am Rheinfluss. Der Sinn liegt darin, dass die Personen, die sich auf dem Weg von der Arbeitslosigkeit zur Sozialhilfe befinden, eine klare Ansprechperson haben, die entsprechende Informationen weitergibt und vor allem die involvierten Stellen frühzeitig informiert, wenn es zu Änderungen kommt. Das Ganze läuft schon seit längerer Zeit und in intensivem Mass seit drei Jahren. Aufgrund der Rückmeldungen sind eigentlich all diese Institutionen damit zufrieden. Sie arbeiten aber auch immer wieder an Verbesserungsmaßnahmen. Die Zusammenarbeit ist gut und trägt zu einer effizienteren Bearbeitung der Fälle bei.

Teil B WoV-Dienststellen

Steuerverwaltung

Seite B 86

Positionen 10 und 11

Thomas Hurter (SVP): Wenn Sie die Positionen 10 und 11 anschauen, können Sie einerseits feststellen, dass die Zahl der gutgeheissenen Einsprachen massiv gestiegen ist. Auf der anderen Seite ist aber auch ersichtlich, dass die Anzahl der Einsprachen gesunken ist. Die Frage stellt sich nun, ob da zu viel aufgerechnet wurde. Ich sehe hier auch eine Gefahr für unsere juristischen Personen und damit einen negativen Einfluss auf einen unserer Standortfaktoren in Schaffhausen. Ich möchte also an dieser Stelle ein bisschen den Mahnfinger hochhalten und die Frage stellen, ob die Steuerverwaltung hier den Ermessensspielraum etwas zu stark gegen die juristischen Personen ausgenutzt hat statt umgekehrt. Was meint die zuständige Regierungsrätin dazu?

Regierungsrätin Rosmarie Widmer Gysel: Beim Indikator 11 bei den juristischen Personen gibt es pro Jahr immer rund 10 bis 11 Einsprachen. Im Jahr 2009 wurden 2 Einsprachen gutgeheissen, was diesen relativ hohen Prozentsatz ergibt. Dieses Resultat ist zufällig, wenn man die Anzahl der Einsprachen über die Jahre betrachtet, die sich im gleichen Rahmen bewegen. Zweimal wurde nun eine Einsprache gutgeheissen, und dies ergibt einen relativ hohen Prozentsatz. Ich kann Ihnen bezüglich der Bemerkung von Thomas Hurter versichern: Es wird nicht zu Ungunsten der juristischen Personen entschieden!

Werner Bächtold (SP), Präsident der Geschäftsprüfungskommission: Ich habe diese Frage in der GPK ebenfalls gestellt. Ich war auch erstaunt und habe dann wieder einmal festgestellt, dass dies ein Indikator ist, der nichts taugt. Hat man nur 11 Einsprachen, so macht eine Einsprache mehr oder weniger bei der Prozentzahl eine happige Differenz aus. Ebenfalls ist der Kommentar dazu nicht tauglich. Wir warten nun auf das Budget 2011 und sehen Indikator 11 in dieser Form dann hoffentlich nicht mehr.

Kantonsratspräsident Patrick Strasser (SP): Erlauben Sie mir an dieser Stelle eine persönliche Bemerkung: Abgesehen von Thomas Hurter hat sich keine Kantonsrätin und kein Kantonsrat zu einer WoV-Dienststelle zu Wort gemeldet. Entweder sind die Berichte so aussagekräftig, dass keine Fragen aufgetaucht sind, oder dann ist es eben tatsächlich so,

dass der Kantonsrat dringend eine Weiterbildung zum Thema WoV-Dienststellen benötigt. Nehmen Sie das bitte nicht persönlich, aber ich wäre sehr froh, wenn Regierungsrätin Rosmarie Widmer Gysel hier vorwärts machen würde und wir – ich zähle mich auch dazu – diese Weiterbildung geniessen dürften, damit wir uns in den nächsten Jahren vertieft mit den WoV-Dienststellen auseinandersetzen können.

Regierungsrätin Rosmarie Widmer Gysel: Ich kann es dem Präsidenten und dem Kantonsrat bestätigen: Wir haben bereits mit dem Präsidenten der GPK vereinbart, dass wir eine Ausbildung machen werden, und zwar anhand des konkreten Budgets 2011. Die WoV-Dienststellen als solche sind darin nicht neu definiert, aber wir wollen zeigen, wie das Ganze mit neuen Indikatoren und so weiter präsentiert wird. Sobald das Budget 2011 vorliegt, werden wir mit Ihnen eine solche Weiterbildung durchführen.

Teil C Staatsrechnung 2009

Departement des Innern

Seite C 50

2184 Aufsicht stationäre Sozialhilfeeinrichtungen (Heime, IV-Bereich)

Pos. 365.0034 IV-Heime im Kanton Betriebsbeiträge

Erwin Sutter (EDU): Die Zahl von 11,3 Mio. Franken, die hier aufgeführt ist, scheint mir zu wenig transparent zu sein, um sagen zu können, was genau in diesen IV-Heimen im Kanton läuft. Ich bitte die zuständige Regierungsrätin, in Zukunft diese Beiträge etwas besser auf die verschiedenen Heime im Kanton aufzuschlüsseln. Das würde die ganze Sache etwas transparenter machen und man wüsste dann, was in den einzelnen Heimen vor sich geht.

Regierungsrätin Ursula Hafner-Wipf: Das können wir in Zukunft gern tun. Ich kann es Ihnen auch hier mündlich aufschlüsseln, wenn Sie das möchten. Dieser Betrag von Fr. 11'347'831.- setzt sich wie folgt zusammen: altra Wohnen 1,379 Mio. Franken; diheiplus in Neuhausen 4,2 Mio. Franken; Ilgenpark in Ramsen 1,4 Mio. Franken; Lindli-Huus 1,3 Mio. Franken und Ungarbühl 3 Mio. Franken. Dann existieren noch Einzelfälle in Nicht-IV-Einrichtungen, beispielsweise ein Onkel, der seinen Neffen ins Altersheim mitgenommen hat; aber diese Kosten laufen weiter über die

IV. Es handelt sich um etwa noch Fr. 50'000.-. In Zukunft können wir das gern so detailliert aufschlüsseln.

Seite C 66
2272 Stipendien
Pos. 366.0001 Stipendien

Martina Munz (SP): Wenn ich jetzt zu den Stipendien spreche, dann kommt – wie das Amen in der Kirche – ganz sicher der Hinweis, eine Vorlage sei unterwegs. Ich setze einige Hoffnung auf den Erziehungsdirektor und warte – nur noch einigermaßen geduldig – weiterhin auf eine Vorlage!

Wir alle wissen es: Im Kanton Schaffhausen ist es schwierig, Stipendien zu erhalten, und wer trotz der hohen Hürden Stipendien erhält, muss sich mit sehr geringen Beiträgen zufriedengeben. Die Chancengleichheit bezüglich Bildung wird arg strapaziert!

Dazu meine erste Frage: Wann wurde der Teuerungsausgleich auf den Stipendien das letzte Mal gewährt?

Bei den Zahlen auf den Seiten A 36 und C 67 fällt auf, dass die Anzahl der bewilligten Gesuche im letzten Jahr um 10 Prozent angestiegen ist. 2009 wurde dennoch ein geringerer Betrag als im Vorjahr ausbezahlt. Das Budget ist bei Weitem nicht ausgeschöpft.

Bei den Studiendarlehen auf Seite C 150 fällt auf, dass Jahr für Jahr – und das beobachte ich bereits seit vielen Jahren – mehr Studiendarlehen zurückbezahlt, als Mittel für neue Studiendarlehen eingesetzt werden. Der Staat verdient also unter dem Strich bereits seit Jahren mit den zurückbezahlten Studiendarlehen. Diese Entwicklung zeigt deutlich auf, dass etwas bei der Vergabe von Darlehen und Stipendien nicht mehr stimmt.

Beim Stipendienwesen habe ich generell den Eindruck, es werde vor allem verwaltet, anstatt dass die zur Verfügung stehenden Mittel als Förderinstrument im Bildungssektor genützt werden. Diesbezüglich möchte ich wissen, wie viele Stellenprozent im Erziehungsdepartement für diese Verwaltungsaufgabe verwendet werden. Unser Kanton legt Wert auf einen modernen Bildungsstandort – das ist Standortförderung. Dazu würde uns ein attraktiveres Stipendiendekret gut anstehen. Noch warte ich geduldig auf die Vorlage!

Regierungsrat Christian Amsler: Ich habe Ihnen die Vorlage mitgebracht. Sie muss aber selbstverständlich zuerst in der Regierung diskutiert werden und geht dann ordentlich in die Vernehmlassung. Es ist in der Tat so, dass die Beträge 2009 wirklich tief sind und vor allem auch tiefer als budgetiert. Ich habe das bereits mit der Geschäftsprüfungs-

kommission besprochen. Ich kann dazu erst einmal sagen, dass die Budgetierung zu optimistisch war. Obwohl mehr Gesuche gutgeheissen wurden, sank die Summe der effektiv ausbezahlten Beträge gegenüber dem Vorjahr leicht. Das Budget ist, und das wissen Sie auch, sehr schwer zu berechnen, da es sich um gebundene Ausgaben handelt und der Betrag von der Anzahl und der Struktur der Gesuche und natürlich auch von den gesetzlichen Vorgaben zur Berechnung der Beiträge abhängig ist. Mehr Gesuche bedeuten nicht immer auch höhere Kosten. Das ist immer sehr unterschiedlich.

Nun zum Hintergrund der Vorlage: Auf Bundesebene haben wir in der EDK das Stipendien-Konkordat in Bearbeitung. Dieses ist die interkantonale Vereinbarung über die Festlegung der Mindeststandards für die Stipendien. Es ist das Ziel, eine Harmonisierung der kantonalen Stipendensysteme zu erreichen und so eben auch die Chancengleichheit bezüglich des Zugangs zur höheren Bildung zu verbessern. Wir haben dazu nun diese Vorlage ausgearbeitet. Sie liegt auf dem Tisch und geht jetzt auf die Schiene und ich hoffe, dass ich Ihnen damit entgegenkommen kann. Was ist das Ziel? Wir wollen das Dekret von 1982 – dieses ist wie das Schulgesetz etwas in die Jahre gekommen und es gibt sogar noch einen Vorgänger aus dem Jahr 1978 – aktualisieren. Wir möchten mit diesem Entwurf, der übrigens in zwei Varianten vorliegen wird, für eine Erhöhung des Pro-Kopf-Beitrags im Kanton sorgen. Wir haben heute etwa Fr. 16.- bis Fr. 17.- pro Kopf. Damit liegen wir wirklich am Ende des Rankings unter den Kantonen. Wir möchten in die Grössenordnung von Fr. 30.- pro Kopf kommen. Auch wollen wir den Bekanntheitsgrad in der Bevölkerung und auch die Transparenz der Beitragsberechtigungen verbessern. Es wird eine Vernehmlassung geben, und danach wird Ihnen das Geschäft vorgelegt werden.

Wo liegen denn die Hauptunterschiede? Die Grundsätze der bundesweiten Harmonisierung wollen wir berücksichtigen. Wir möchten mit den beiden Varianten aber auch die Lebenshaltungskosten der Studierenden, was bis anhin nicht der Fall war, mitberücksichtigen. Gleichzeitig wird in den Varianten, die wir vorlegen, von obligatorischen Eigenleistungen ausgegangen, die mitlaufen. Das war in der alten Gesetzgebung noch nicht vorgesehen. Die Elternleistung, als vierter Punkt, wird bei fortgeschrittenem Alter und in der Zweitausbildung beziehungsweise in der Weiterbildung vermindert angerechnet. Bei der Berechnung der Elternleistung werden Grundabzüge gewährt und das Maximalalter der Bezüger wird deutlich erhöht. Vielleicht noch ein Wort zu den Faktoren, die bei den Stipendien eine Rolle spielen. Die Faktoren für eine Beurteilung, auf der Basis dieses gültigen Gesetzes, sind beispielsweise der Zivilstand der Eltern, die Elternleistung aufgrund des Reineinkommens und des Reinvermögens, die Anzahl Kinder pro Familie, die in der Ausbildung

stehen, die Art der Ausbildung – da gibt es bei den verschiedenen Studiengängen sehr unterschiedliche Schulgelder und Materialkosten –, die Wohnsituation (zu Hause bei den Eltern oder wenn nötig auswärts) und auch die eigene finanzielle Situation, sprich Renten, Vermögen und Leistungen Dritter.

Zu den Stellenprozenten: Peter Salathé ist der Leiter der Stipendienstelle. Diese wurde neu vom ED, also noch in der Zeit meiner Kollegin Rosmarie Widmer Gysel, in die Dienststelle «Berufsbildung und Mittelschulen» zu Rolf Dietrich transferiert. Die Stellenprozente sind aus dem Stellenplan ersichtlich. Es ist vor allem Peter Salathé, der dort tätig ist. Er hat aber noch Leute, die ihm dabei helfen. Die genaue Prozentzahl ist, wie ich gerade feststelle, nicht aus dem Stellenplan ersichtlich. Aber es gibt eine solche Aufstellung und ich kann diese Zahl gerne nachliefern. Die Frage wegen des Teuerungsausgleichs muss ich an dieser Stelle so entgegnen; ich kann sie nicht abschliessend beantworten.

Regierungsrätin Rosmarie Widmer Gysel: Ich kann diese Information, wenn gewünscht, hier geben. Es ist eine knappe 100-Prozent-Stelle. Denn im Berufsbildungsamt geht es darum, die Personen, die sich mit Zahlen beschäftigen, an einem Ort zu konzentrieren. Sie beschäftigen sich mit Schulgeldern, Universitätsbeiträgen und so weiter. Es sind also knapp 100 Prozent, die dafür eingesetzt werden, wobei diese bis jetzt auch immer vollständig ausreichen, um die Gesuche zu bearbeiten.

Baudepartement

Seite C 90

2326 Wasserbau

Pos. 314.1200 und Pos. 362.0005

Bericht Seite A 57

Martina Munz (SP): Im Wasserbauamt wird viel budgetiert und wenig getan – so scheint es mir, wenn ich die Staatsrechnung lese:

Ausbau Gewässer erster Klasse (Pos. 314.1200): Zwei Drittel beziehungsweise 260'000 Franken wurden nicht verwendet, der restliche Drittel wurde zurückgestellt.

Beiträge zur Gewässerrenaturierung (Pos. 362.0005): Das Budget wurde kaum angetastet, rund 10 Prozent wurden verwendet.

Bundesbeiträge zur Gewässerrenaturierung (Pos. 372.0000) wurden nur zur Hälfte abgeholt.

Schuld daran sind gemäss Kommentar die Gemeinden! Diese Erklärung ist nach meiner Einschätzung allzu einfach. Die technische und fachliche Kompetenz bezüglich des Wasserbaus liegt beim Kanton. Der Kanton hat

die Pflicht, die Gemeinden bei der Umsetzung von Wasserbauprojekten fachlich, technisch und auch finanziell zu unterstützen! Ohne den Schwarzen Peter den Gemeinden zuzuschieben, möchte ich von Regierungsrat Reto Dubach wissen, wo der Hase im Pfeffer liegt.

Ich nehme als Beispiel das Kraftwerk Wunderklingen: Im Verwaltungsbericht steht lapidar: «Es wurde ein Projekt zur Wiederherstellung der Fischdurchgängigkeit am Wehr des Kraftwerks Wunderklingen ausgearbeitet und der Gemeinde Hallau vorgestellt. Das Projekt kann jedoch aus Sicht der Gemeinde nicht umgesetzt werden.» Im Kommentar zu Position 2336.314.1200 steht mehr oder weniger das Gleiche. Fr. 260'000.- wurden dafür budgetiert, gebaut wurde nichts.

Diese Situation ist stossend. Seit Jahren wissen wir, dass die bestehende Fischtreppe nicht funktioniert. Zudem sollte das Kraftwerk Wunderklingen beziehungsweise das Wehr längstens nach ökologischen Gesichtspunkten saniert werden. Der Kanton hat offenbar ein Projekt ausgearbeitet. Gemäss dem Verwaltungsbericht will die Gemeinde Hallau das Projekt aber nicht umsetzen – Ende der Durchsage!

Haben sich die Wasserfachleute auch gefragt, warum Hallau das Projekt nicht ausführen will? Aus dem Gemeinderat Hallau habe ich erfahren, dass die Gemeinde technische Unterstützung braucht. Es ist zudem einmal mehr die wirtschaftliche Zwangsjacke! Wird das Kraftwerk nach ökologischen Richtlinien saniert, wird weniger Wasser durch das Kraftwerk fließen und damit ist die Wirtschaftlichkeit auf dem gleichen Niveau nicht mehr gegeben. Also wird das Projekt abgebrochen! Hallau hat kein Fett auf den Rippen und kann sich die Sanierung schlicht nicht leisten!

Jetzt ist Regierungsrat Reto Dubach gefragt – alle Fäden laufen in seiner Hand zusammen. Anstatt die Hände in den Schoss zu legen, könnte Regierungsrat Reto Dubach mit dem Hut des Regierungsrates aus dem kantonalen Energiefördertopf den ökologischen Mehrwert abgelten. Ökologisch produzierte Energie aus Wasserkraft ist genauso sinnvoll wie Investitionen in Energieeffizienz und Investitionsbeiträge in Fotovoltaikanlagen. Es würde dem Kanton gut anstehen, die ökologische Sanierung dieses Kraftwerks zu unterstützen.

Regierungsrat Reto Dubach hat aber auch den Hut des Verwaltungsratspräsidenten der EKS AG an. Als Verwaltungsratspräsident könnte er somit auf die Geschäftsstrategie der EKS AG Einfluss nehmen und – vertraglich gesichert – die Stromproduktion von Wunderklingen langfristig zu einem kostendeckenden Preis kaufen. Den ökologischen Mehrwert könnte die EKS AG vermarkten. Da wären neue Geschäftsmodelle gefragt, die tatsächlich etwas mit Ökologie zu tun haben. Gute Beispiele gibt es schon viele.

Meine Fragen an Regierungsrat Reto Dubach: Warum wurde das Gewässerprojekt Wunderklingen einfach so fallen gelassen? Hat der Kanton

nicht die Pflicht, durch technische, fachliche und finanzielle Unterstützung ein Wasserkraftwerk wie Wunderklingen als ökologische Energiequelle zu unterstützen? Gäbe es nicht unter dem einen oder anderen Hut eine Lösung, damit in Wunderklingen endlich eine funktionierende Fischtreppe und nachhaltig ökologischer Wasserstrom produziert werden könnte?

Regierungsrat Reto Dubach: Ich gebe dazu gern Auskunft. Vielleicht zuerst zur generellen Bemerkung von Martina Munz betreffend das Verhältnis zwischen dem Kanton und den Gemeinden im Bereich der Renaturierungen: In der Tat sind die Gewässer zum Grossteil Gemeindegewässer, weswegen die Hoheit über die Renaturierungen bei den Gemeinden liegt. Ich meine aber, dass der Abteilung Gewässer im Tiefbauamt Unrecht getan wird, wenn man ihr vorwirft, sie gebe zu wenig fachliche oder technische Unterstützung. Dem ist keineswegs so. Die Mitarbeitenden bemühen sich wirklich und arbeiten auch gut mit den Gemeinden zusammen. Aber die Gemeinden müssen Prioritäten setzen, und das tun sie auch. Dabei kommen die Gewässerrenaturierungen sicherlich meist nicht an erster Stelle, obwohl der Kanton mit 80 Prozent sehr grosszügig subventioniert. Die Gemeinden bezahlen also relativ wenig. Wir sind aber nun daran, das Ganze aufgrund der von Ihnen erheblich erklärten Motion des ehemaligen Kantonsrates und heutigen Regierungsrates Christian Amsler neu aufzugleisen, und werden die Anstrengungen im Bereich der Gewässerrenaturierungen verstärken. Wir haben dieses Anliegen zusammen mit der erheblich erklärten Motion von Franz Hostettmann behandelt, mit welcher Sie kantonale Beiträge im Bereich der Hochwasserschutzmassnahmen verlangen. Denn vielfach hat Hochwasserschutz auch etwas mit Renaturierung zu tun, oder über Renaturierung kann auch Hochwasserschutz betrieben werden. Daher kann hier ein gewisses Synergiepotenzial ausschöpft werden. Entsprechende Vorschläge werden Sie erhalten.

Zu Punkt 2: Wunderklingen. Mir ist nicht ganz klar, was Fischdurchgängigkeit mit Energieförderung zu tun hat. Daher glaube ich nicht, dass durch eine verbesserte Fischdurchgängigkeit regenerative Energien vermehrt produziert werden können. Insofern halte ich den Energieförder-Topf nicht für den richtigen. Sehr gut finde ich jedoch die Idee mit dem Kauf. Man könnte sich durchaus überlegen, ob die EKS AG oder der Kanton nicht das Kraftwerk in Hallau kaufen könnte. Daraus könnten allenfalls interessante Synergien gewonnen werden. In diesem Bereich liesse sich in der Tat etwas realisieren. Und vielleicht könnte das Kraftwerk dann auch so ausgerüstet werden, dass mehr Wasserenergie produziert würde. Ich nehme den Vorschlag von Martin Munz gern auf und werde das Thema wieder einmal mit dem Gemeinderat von Hallau diskutieren.

Was aber das Problem mit der Fischdurchgängigkeit anbelangt, so geht es eigentlich beim Kraftwerk Hallau in erster Linie um das Restwasser. Es hat zu wenig Restwasser unterhalb des Wehrs. Eigentlich müsste mehr Restwasser vorhanden sein. Der Kompromissvorschlag war, dass die Fischdurchgängigkeit durch ein Umgehungsgewässer entsprechend verbessert würde. Hier hat sich aber die Gemeinde Hallau darauf berufen, dass dies für sie wirtschaftlich nicht mehr tragbar wäre, weil durch das Umgehungsgewässer tatsächlich mehr Wasser abgeleitet und nicht mehr durch das Kraftwerk fließen würde und damit weniger Wasserenergie produziert werden könnte. Das eidgenössische Gewässerschutzgesetz verlangt aber eben nur dann Restwassermengen, wenn die wirtschaftliche Tragbarkeit weiterhin gewährleistet ist. Auf diesen Passus hat sich die Gemeinde Hallau beim Umgehungsgewässer berufen. Deswegen hat sie einen entsprechenden Kompromissvorschlag des Kantons abgelehnt. Daher sind die Fr. 250'000.-, die im Budget 2009 beantragt wurden, entsprechend verfallen, da der Kanton diesen Beitrag nicht ausrichten konnte. Der Kanton hat im Bereich dieses Umgehungsgewässers nicht die Hoheit, sondern das Kraftwerk Hallau ist ein Grenzkraftwerk unter der Obhut des Bundes, konkret des Bundesamtes für Energie, das nun darüber brütet, was es in dieser Situation tun soll. Rechtlich, so meine ich, sind die Gemeinde und der Gemeinderat Hallau wegen dieses Passus der wirtschaftlichen Tragbarkeit auf der richtigen Seite. Aber ob das letzte Wort in dieser Sache schon gesprochen ist, kann ich jetzt noch nicht sagen. Dem Kanton sind in der jetzigen Situation die Hände gebunden.

Martina Munz (SP): Eine Sache muss ich noch schnell richtigstellen. Es ist mir das Wort im Munde umgedreht worden. Ich habe nie davon gesprochen, dass der Kanton beziehungsweise die EKS AG wieder seine Gelüste nach dem Kraftwerk Hallau anmelden und dieses kaufen soll. Es gab ja einmal Verhandlungen, bei denen man sich dann dagegen entschieden hat. Das ist nicht meine Absicht. Hingegen würde es der EKS AG gut anstehen, auch ökologischen Strom statt nur Axpo-Strom einzukaufen. Da meine ich, dass mit langfristigen Verträgen, mit denen der ökologische Mehrwert abgegolten wird, der Strom abgekauft werden kann und nicht das Kraftwerk selbst. Zu einer Fischtreppe oder zu einem Kraftwerk mit dem Zertifikat «naturemade star» gehört auch die Fischdurchgängigkeit.

Seite C 94
2336 Spitäler Schaffhausen
Pos. 423.0000 Miet- und Pachtzinsen

Martina Munz (SP): Aufgrund der wenigen Investitionen schnellst der Selbstfinanzierungsgrad des Kantons in die Höhe. Diese Kennzahl ist für die Bonität des Kantons zwar gut, täuscht aber auch eine solide Finanzlage vor. Tatsache ist: Wenn wenig investiert wird, steht der Kanton finanziell gut da, verliert aber grundsätzlich an Substanz. Wir stehen nur scheinbar so gut da. Grosse Investitionen kommen im Bereich der Spitäler auf uns zu.

Als Mitglied der Gesundheitskommission befasste ich mich vermehrt mit der Spitalrechnung. Die langfristige Finanzierung der Spitäler Schaffhausen macht mir tatsächlich Bauchweh.

Der Kanton erhält von den Spitälern Schaffhausen jährlich mehr als 10 Mio. Franken für Miete und Pacht. Ich gehe davon aus, dass dieser schöne Betrag dem tatsächlichen Marktwert der vermieteten Liegenschaften entspricht. Das Problem, das sich dahinter versteckt, ist folgendes: Zurzeit wird wenig in die Spitäler Schaffhausen investiert. Der Millionenbetrag wird aber auch nicht für künftige Investitionen bereitgestellt oder reserviert, sondern versickert in der allgemeinen Staatsrechnung. Es ist aber absehbar, dass wir in naher Zukunft – sofern wir unser Spital erhalten wollen – mehrere Hundert Millionen Franken in die Spitäler Schaffhausen investieren müssen.

Ich frage die Regierung an und richte meine Frage speziell an die Finanzdirektorin: Wie wird die Finanzierung dieser enorm hohen Investitionskosten geplant? Ist es möglich, ab sofort wenigstens die Mittel aus der Vermietung der Spitalliegenschaften für kommende Spitalinvestitionen zurückzustellen? Oder plant die Regierung, die Spitalinvestitionen wieder über eine Sondersteuer, also über eine lang andauernde Steuererhöhung, zu finanzieren? Dann kann Martin Kessler das Hohelied der bürgerlichen Finanzpolitik weitersingen. Noch hätten wir Zeit, während einiger Jahre einen entsprechenden Fonds zu alimentieren.

Regierungsrat Reto Dubach: Weil die Position beim Baudepartement ist, gestatte ich mir zunächst darauf hinzuweisen, dass sich die Höhe der Mietkosten in der Tat am Neuwert des Kantonsspitals, des Pflegezentrums und des Psychiatriezentrums bemisst. Von diesem Neuwert ist ein Prozentsatz von 20 Prozent abzuziehen und aufgrund dessen sind die entsprechenden Kapitalkosten zu berechnen. Hinzu kommt ein entsprechender Prozentsatz für die Amortisation und den Unterhalt. Das sind objektive Kriterien, die verwendet werden, um die Nutzungsgebühr von diesen heute rund 10 Mio. Franken festzusetzen. Wie man die künftigen

Investitionen finanzieren will, wird sicherlich noch innerhalb des Regierungsrates Thema sein und muss auch im Finanzplan festgehalten werden. Aber schon heute darf man die Gegenpositionen nicht vergessen: Wir haben auch entsprechende Investitionen ins Spital, und zwar jedes Jahr. Diese sind auf Seite C 152 in der Investitionsrechnung ausgewiesen. Einmal sind das 2 Mio. Franken, dann sind es 4 Mio. Franken und dann 8 Mio. Franken. Ich bin daher nicht so sicher, dass dann, wenn man dies über die Dauer berechnen würde, das Spital wirklich noch mehr bezahlt, als effektiv in das Spital investiert wird. Wir dürfen zudem nicht vergessen, dass wir einen substanziellen Staatsbeitrag an die Spitäler zahlen. Daher meine ich, dass wir, wenn man die Rechnung per Saldo macht, sehr viel in das Spital im Kanton Schaffhausen investieren. Ich sage nicht, dass dies zu Unrecht geschieht, aber Sie müssen sich in Erinnerung rufen, dass dies ein erklecklicher Betrag für einen guten Service public ist, den wir uns so ausgesucht haben und den wir auch haben wollen.

Regierungsrätin Rosmarie Widmer Gysel: Die Miete beträgt rund 10,5 Mio. Franken, an Investitionen waren es in diesem Jahr etwa 2,3 Mio. Franken. Das ergibt eine Differenz von 8 Mio. Franken. Auch wenn dieser Betrag in die Staatsrechnung geflossen ist, so ist die Staatsrechnung doch kein Sumpf, in dem das Geld einfach versickert. Diese 8 Mio. Franken sind im Eigenkapital. Und ich habe eingangs gesagt, dass wir dank einer guten Eigenkapitaldeckung so für die Zukunft gerüstet sind, dass notwendige Investitionen auch dank des vorhandenen Eigenkapitals getätigt werden können. Dessen ist sich die Regierung bewusst und sie ist auch gewillt, dieses Eigenkapital für notwendige Investitionen zu verwenden.

Noch eine Bemerkung dazu, wie die Spitalfinanzierung künftig aussehen wird. Wir sind uns der Tatsache bewusst, dass hohe Kosten auf uns zukommen. Die Regierung hat eine Arbeitsgruppe eingesetzt, damit ungefähr ermittelt werden kann, wie gross diese Summe sein wird und welche Beträge dies exakt umfassen wird, damit auch längerfristig geplant werden kann. Es besteht aber auch ein enger Zusammenhang mit der Strategie des Spitals insgesamt. Auch wenn das Geld in die Staatskasse fliesst – diese ist kein Fass ohne Boden –, so wird es im Eigenkapital aufgefangen. Ob Fonds oder Eigenkapital ist aus meiner Sicht nicht matchentscheidend, solange man bereit ist, die Mittel entsprechend einzusetzen.

Regierungsrätin Ursula Hafner-Wipf: Da ich Gesundheitsdirektorin bin, möchte ich als drittes Regierungsratsmitglied auch noch etwas zu den Spitälern anmerken.

Ich freue mich natürlich, dass Sie sich Gedanken machen und dieses Thema aufgreifen. Wir werden uns im kommenden Jahr intensiv mit der Bauplanung bezüglich der Spitäler befassen müssen. Es besteht in der Tat grosser Handlungsbedarf. Ich würde in die Richtung von 200 Mio. Franken gehen. Sie können sich dann intensiv damit befassen, welche Lösung Sie baulich für die Zukunft unserer Spitäler sehen. Es ist richtig, dass dieses Umdenken stattfinden muss. Ab 2012 ändern sich die Abgeltungen der Spitäler, und in die Fallkosten werden auch die Investitionen mit einberechnet. Der Kanton bezahlt damit mit seinem Anteil auch an die Investitionen. Wir müssen uns jetzt überlegen, wie wir dies in Zukunft bei grossen Bauvorhaben handhaben wollen.

Thomas Hurter (SVP): Ich möchte nicht wiederholen, was wegen 2012 gesagt wurde, aber vergessen Sie nicht, meine Damen und Herren: Das Spital wird jährlich mit 60 Mio. Franken unterstützt. 2012 muss es dann anders aussehen. Wir von der SVP haben immer gesagt, wir möchten gern einmal etwas zur Strategie hören. Und wir durften in einem Gespräch mit der Regierungsrätin zur Kenntnis nehmen, dass bis Ende dieses Jahres auch eine Regionalplanung vorhanden sein wird. Ich glaube, erst dann kann man über die grossen Investitionen diskutieren. In diesem Zusammenhang möchte ich erwähnen, dass auch die Zusammenarbeit mit der Klinik Belair besser werden muss. Ich glaube, beide Spitäler auf dem Platz Schaffhausen haben ihre Berechtigung, aber im Moment scheint hier irgendwo ein Knatsch zu sein, der unbedingt bis 2012 gelöst werden muss.

Werner Bächtold (SP), Präsident der Geschäftsprüfungskommission: Ich möchte zwei Dinge sagen. Erstens muss man höllisch aufpassen, dass man nicht die Betriebsrechnung mit Investitionen in Neubauten verwechselt. Das sind zwei verschiedene Paar Stiefel. Zweitens: Wenn Investitionen ins Haus stehen – ich mache mir da als GPK-Präsident eben auch meine Gedanken und habe meine Sorgen – und man 200 Mio. Franken oder etwas mehr investieren muss, so ist das für unseren Kanton unglaublich viel Geld. Und wenn wir jetzt 200 Mio. Franken auf der hohen Kante haben, dann sind diese 200 Mio. Franken eben nicht gesichert, weil auch noch andere Leute auf die Idee kommen, dass man sie ausgeben könnte. Einen Vorschlag haben wir heute Morgen gehört: eine fünfprozentige Steuersenkung. Das knabbert an diesem Eigenkapital und das ist nicht mehr da, wenn man die Spitäler neu bauen muss. Deshalb wäre mir die Sicherstellung eines Teils dieses Geldes in einem Fonds oder sonst wo, wo es nicht aufgrund von Steuersenkungen oder anderen Ausgaben angeknabbert werden kann, bedeutend lieber. Dann könnten wir beruhigter in die Spitalzukunft sehen, als wir es jetzt tun.

Finanzdepartement**Seite C 128****2550 Schaffhauser Polizei****318.4010 Einzugsprovision Grenzwachtkorps**

Markus Müller (SVP): Natürlich sind die unter der Position 318.4010 aufgeführten Fr. 26'000.- ein kleiner Betrag, aber wenn man sieht, wo die Grenzwächter die ganze Nacht durch überall stehen und wie die neue «Provisions-Vereinbarung» formuliert ist, werden sich die Mehrausgaben wahrscheinlich weiter erhöhen. Mich würde interessieren, wie sich diese Provision zusammensetzt, sprich, welche Summe an Bussen dieser zugrunde liegt.

Dann habe ich eine weitere Anschlussfrage. Wenn diese heute nicht beantwortet werden kann, so kann die Antwort auch nachgeliefert werden. Aber ich möchte sie an dieser Stelle doch deponieren. Sind der Rekursweg und die Rechtsmittelbelehrung für unsere Bürger dieselben, egal ob die Grenz wacht oder unsere Polizei die Kontrolle durchführt? Und gelten bei Gewaltanwendung die Schaffhauser Polizeivorschriften oder diejenigen des Bundes?

Regierungsrätin Rosmarie Widmer Gysel: Es handelt sich um Bussen, die das Grenzwachtkorps einnimmt und dann der Polizei, wenn sie in deren Auftrag eine Tätigkeit ausübt, weitergibt. Bezüglich der Summe kann ich keine Aussage machen. Ich kann diese Information aber gerne nachliefern. Auch auf die beiden anderen Fragen komme ich gern zurück.

Seite C 132**2554 Kreiskommando, Wehrpflichtersatz, Sektionschefs****342.0001 Nettoanteil Bund Wehrpflichtersatz****430.0000 Ertrag Wehrpflichtersatz**

Florian Keller (AL): Ich habe eine Frage beziehungsweise eine Anregung zum Wehrpflichtersatz. Die eingenommenen Wehrpflichtersatzabgaben liegen fast 50 Prozent über dem Budget. Davon geht aber ein wesentlicher Teil, aufgerundet 1,17 Mio. Franken, direkt an den Bund weiter. Ich finde diese Wehrpflichtersatzabgaben ein regelmässiges Ärgernis. Ich betrachte sie einerseits als materielles Ärgernis, weil ich sie als Blödsinn empfinde, da damit suggeriert wird, dass Personen, die keinen Militärdienst leisten, dem Staat einen Schaden zufügen und entsprechend ersatzpflichtig sind. Tatsächlich ist es aber eigentlich genau umgekehrt: Man müsste froh um jeden sein, der nicht ins Militär geht, weil er dort nur

unnötige und hohe Kosten verursacht, in einer Organisation, die unnützlich ist. Obwohl ich die Antwort zu kennen glaube, frage ich trotzdem: Besteht für den Kanton Handlungsspielraum bei der Festsetzung der Höhe der Wehrpflichtersatzabgaben? Die Mindestabgaben in den letzten drei Jahren wurden beispielweise zweimal erhöht: zuerst von Fr. 80.- auf Fr. 200.- und dann von Fr. 200.- auf Fr. 400.-. Das ist eine Verfünffachung innerhalb weniger Jahre.

Zum anderen ist die Rechnungsstellung ein Ärgernis. Manchmal kommen drei Rechnungen auf einmal, dann hört man wieder zwei Jahre nichts. Daher die Frage: Gibt es einen Spielraum für den Kanton? Und zweitens rege ich an, bis zur Budgetberatung eine Lösung vorzuschlagen oder eine geeignete Idee zu entwickeln, wie zumindest der dem Kanton verbleibende Anteil der Wehrpflichtersatzabgaben den Wehrersatzpflichtigen zurückerstattet werden könnte, handelt es sich doch nach meiner Ansicht um eine blödsinnige Abgabe.

Regierungsrätin Rosmarie Widmer Gysel: Es besteht kein Spielraum für den Kanton, weil das im Bundesgesetz geregelt wird. Es wurde zurückhaltend budgetiert, weshalb die effektiven Einnahmen höher als die budgetierten sind. Es besteht in diesem Sinne sicher auch kein Spielraum, wie der beim Kanton verbleibende Betrag gehandhabt beziehungsweise zurückerstattet werden könnte. Über die weiteren Ausführungen von Florian Keller, die politische Meinungen darstellen, werde ich mich im Rahmen der Beratung der Rechnung nicht äussern.

Seite C 152

4320 Hochbauten allgemein

503.3800 Umbauten/Umzüge Verwaltungsgebäude

Matthias Freivogel (SP): Ich stelle fest, dass hier etwa Fr. 335'000.-, wenn ich richtig rechne, eingespart werden konnten, wie auf Seite 153 bei der Neumöblierung unseres Kantonsratssaals zu lesen ist (Projektoptimierungen bei der Ausführung führten zu tieferen Kosten). Das ist erfreulich. Aber, meine Damen und Herren, was nicht erfreulich ist, das ist, wie hier in diesem Saal bisweilen debattiert werden muss, und zwar nicht wegen der Meinungsverschiedenheiten, sondern wegen der Art und Weise. Ich habe die Diskussionen um das Baugesetz als absolut ätzend empfunden. Wenn jemand nach vorn gehen muss, braucht er dafür 15 Sekunden, spricht 20 Sekunden und geht dann 15 Sekunden wieder zurück an seinen Platz und erst dann beginnt das nächste Votum. So können wir nicht diskutieren. Solche Diskussionen sind für mich so klebrig wie das Öl im Golf von Mexiko. Da muss etwas geschehen. Und es gibt aus meiner Sicht nur eine Lösung. Wir sollten vom Platz aus sprechen

können. Wenn wir kurze Voten vom Platz aus abgeben können, sparen wir sehr viel Zeit. Als Beispiel dient mir Manuela Schwaningers kurze Frage von heute Morgen. Sie kommt nach vorn, stellt ihre kurze Frage, geht dann wieder zurück auf ihren Platz, und erst dann kommt die Antwort. Wenn das beim Budget so weitergeht, und das wird es, dann ist das absolut tödlich. So «verleidet» es mir, in diesem Rat zu debattieren. Wir müssen für kurze Voten vom Platz aus sprechen können. Und für längere Voten, zum Beispiel für Fraktionserklärungen, können wir nach vorne gehen. Deshalb meine Frage an den zuständigen Regierungsrat Reto Dubach: Sehen Sie eine Möglichkeit, uns beim Budget, das wir dann wohl noch mit dem alten System diskutieren müssen, vorzuschlagen, wie man den Kantonsratssaal technisch ergänzen könnte? Ich denke, das würde nicht Fr. 335'000.- kosten.

Regierungsrat Reto Dubach: Vielleicht zuerst inhaltlich oder zu den Finanzzahlen bezüglich des Umbaus des Kantonsratssaals. Dafür hat der Kantonsrat ja 1 Million Franken bewilligt. Die Schlussabrechnung lag zwischen Fr. 910'000.- und Fr. 920'000.-. Insofern sind in dieser Position auch noch andere Positionen und Vorhaben enthalten. Das vielleicht als kleine Vorbemerkung.

Jetzt aber zur Mikrofonanlage: Meines Erachtens müssen sich die Mitglieder des Kantonsrates zuerst selber einmal einig werden, ob sie das wollen. Wenn diese Regelung künftig effektiv gelten soll – kürzere Voten vom Platz aus, längere Voten vom Rednerpult aus – und das die Meinung der Mehrheit dieses Kantonsrates ist, dann ist dies für die Regierung selbstverständlich ein Befehl, eine entsprechende Mikrofonanlage für Sie zu planen. Es wäre, so haben wir das einmal geschätzt, mit Kosten von zirka Fr. 100'000.- zu rechnen. Diese Ausgabe ist meiner Meinung nach durchaus zu rechtfertigen. Aber noch einmal: Sie selber müssen wissen, ob Sie das wollen oder nicht. Was ist ein kürzeres Votum, was ist ein längeres Votum? Diesen Fragen müssen Sie selber nachgehen. Bis heute bin ich davon ausgegangen, dass Sie immer der Meinung waren, man solle den Redner sehen, wenn er am Rednerpult steht, und der Redner solle auch Sie sehen. Das ist natürlich dann nicht mehr so. Wenn in der hintersten Reihe irgendjemand spricht, dann spricht er allen anderen in den Rücken. Ob Sie das wollen oder nicht, müssen Sie selber entscheiden. Wenn das Büro des Kantonsrates das wirklich wünscht, werden wir eine entsprechende Position in den Staatsvoranschlag aufnehmen.

Seite C 152
4325 Spitäler Schaffhausen
663.0010 Beitrag Spital an Erneuerung Gebäude
Kantonsspital Geriatrie

Urs Capaul (ÖBS): Hier hat das Spital offensichtlich eine halbe Million Franken an die Gebäudeerneuerung bezahlt. Ist das nicht systemfremd? Normalerweise wird ja, das haben wir heute bereits diskutiert, Miete bezahlt, und es sollte an und für sich ein Mietgegenposten beim Baudepartement existieren. Deshalb meine Frage: Wofür sind diese Fr. 500'000.- ausgegeben worden?

Regierungsrat Reto Dubach: Vielleicht ist der Titel etwas unklar. In Tat und Wahrheit handelt es sich um Fr. 500'000.-, die vom Kanton an die Erneuerung des Geriatriezentrums bezahlt wurden. Es ist also nicht ein Beitrag des Spitals, sondern ein Beitrag an das Spital für das Geriatriezentrum. Die Regelung ist natürlich die, dass die Gebäudehülle weiterhin im Besitz des Kantons ist beziehungsweise der Kanton sie auch entsprechend unterhält und erneuert. Deswegen wurden vorhin auch die entsprechenden Zahlen genannt. Alles im Innern ist Sache der Spitäler. Aber was aussen getan werden muss, ist nach wie vor Sache des Kantons. Und der entsprechende Beitrag wurde ja von Ihnen im Zusammenhang mit einer entsprechenden Vorlage bewilligt.

Regierungsrätin Ursula Hafner-Wipf: Ich möchte noch eine kleine Ergänzung anbringen: In der Vorlage für die Sanierung des Pflegezentrums, die Sie letztes Jahr gutgeheissen haben, ist eine Übergangsfrist von 7 bis maximal 10 Jahren vorgesehen, bis eine andere Lösung bereitsteht. Da waren die Fr. 500'000.- für diese Renovation aber bereits reserviert und konnten vom Gesamtbetrag von 4,9 Mio. Franken abgezogen werden. Daher mussten Sie nur noch einen Nachtragskredit von 4,4 Mio. Franken mit der Vorlage genehmigen. Zusammen ergibt dies die 4,9 Mio. Franken, welche die Renovation effektiv kostet.

Florian Keller (AL): Weshalb ist das als Einnahme verbucht?

Regierungsrat Reto Dubach: Jetzt habe ich gesehen, was Sie meinen. Ich habe vorher zur oberen Position von 1,2 Mio. Franken gesprochen. Ich habe auch gesagt, dass es jedes Mal eine Ausscheidung zwischen den Investitionen des Kantons und denjenigen der Spitäler gibt. Denn viele Investitionen betreffen nicht nur das Äussere, sondern zugleich auch das Innere. Und alles, was das Innere betrifft, muss das Spital

übernehmen. Auch vorliegend handelt es sich nicht nur um Investitionen in die Aussenhülle, sondern auch um sehr viele Investitionen im Innern. Dementsprechend wird ein Kostenschlüssel ausgemacht und diese Fr. 500'000.- sind der Anteil des Kantonsspitals. Ist das jetzt klar geworden?

Seite C 190
7242 Rebfonds
365.1200 Förderung Qualitätsproduktion

7251 Lotteriegewinnfonds
359.0440 StK: Beitrag an Projekt Digitalisierung
Schaffhauser Nachrichten

Matthias Freivogel (SP): Ich gestatte mir die Frage an den Regierungsrat, ob auch andere Schaffhauser Printmedien, vielleicht nicht gar so prominente, wenn sie ein derartiges Projekt hätten, mit einem Beitrag rechnen dürften?

Dann habe ich noch an eine Frage an den Regierungspräsidenten. Mit welcher Verwirrungstechnik konnten Sie beim Rebfonds die Minderausgaben erreichen? Diese Frage bezieht sich auf den Kommentar auf Seite C 191 zum Rebfonds. Da sollen mit einer Verwirrungstechnik Minderausgaben erreicht worden sein. Ich als Nichtrebberfachmann wäre froh, das zu erfahren.

Staatsschreiber Stefan Bilger: Die erste Frage, die gestellt wurde, bezieht sich auf den Beitrag an das Projekt «Digitalisierung Schaffhauser Nachrichten». Hier handelt es sich – wenn ich mich richtig erinnere – um ein Projekt des Bundesarchivs in Zusammenarbeit mit dem Staatsarchiv und eben den «Schaffhauser Nachrichten». Hier geht es darum, dass das Bundesarchiv alle aus seiner Sicht relevanten Medienträger in der Schweiz digitalisiert. Das ist ein mehrjähriges Projekt, das in Zusammenarbeit mit den erwähnten Stellen vorangetrieben wird. Das hat also nichts damit zu tun, dass hier von Kantonsseite her eine Kategorisierung vorgenommen würde, sondern es handelt sich um ein Projekt unter der Federführung des Bundesarchivs.

Erich Gysel (SVP): Als erstes zur Verwirrungstechnik: Das hat nichts mit Verwirrung im Rat zu tun, sondern es geht bloss um die Männchen, die man verwirrt. Es sind Faltermännchen, die Eier legen, aus denen Würmchen schlüpfen, die in die Traube stechen, wonach diese verfault. Daher setzt man den Duftstoff des Weibchens in den Reberg, damit die geschlechtsreifen Männchen Freude haben, dass der Reberg nach dem Weibchen riecht, und so durch die ganze Gegend fliegen, ohne dass sie

ein Weibchen finden, und so vorher an einem Herzschlag sterben vor Freude. Das ist die Information zur Verwirrungstechnik.

Der Fonds unterstützt ökologische Mittel im Rebberg. Der Kanton bewilligt zwar jedes Jahr diesen Fonds, aber er zahlt nichts ein. Den Fonds finanzieren die Rebbauern und zu einem kleinen Teil noch die Gemeinden. Es braucht weniger Ampullen, wenn die Population abnimmt. Es gibt auch Rebbaugenossenschaften, die auf das Aufhängen von Ampullen verzichten und chemische Pflanzenschutzmittel bevorzugen. Dann wird auch weniger Geld aus dem Fonds benötigt. Daher wurde weniger ausgegeben, als ursprünglich budgetiert wurde.

Peter Scheck (SVP): Ich möchte nur noch etwas präzisieren bei der Frage zur Digitalisierung der «Schaffhauser Nachrichten». Das Projekt kostet rund eine halbe Million Franken, wird getragen von der Nationalbibliothek, dem Staatsarchiv, dem Stadtarchiv und der Stadtbibliothek, aber nicht vom Bundesarchiv. Die Stadt hat etwa den gleichen Anteil wie der Kanton und die Hauptlast liegt mit rund Fr. 300'000.- bei den «Schaffhauser Arbeiterzeitung» mikroverfilmt. Ein nächstes Projekt könnte auch die Digitalisierung sein. Aber für die Mikroverfilmung wurde damals auch ein grosser Beitrag von Stadt und Kanton an die «Arbeiterzeitung» geleistet. Dies nur zur Präzisierung.

Markus Müller (SVP): Zum Rebbau muss man schon noch ein Wort sagen, auch wenn wir vielleicht nicht ganz gleicher Meinung sind. Aber wenn es schon aufgegriffen wird: Diese Rebsteuer ist ein spezielles Ding. Erich Gysel hat richtig ausgeführt, dass der Kanton nichts bezahlt. Es sind vor allem die Rebleute und zu einem kleinen Teil die Gemeinden. Das Unikum ist, dass der Kantonsrat über diese Rebsteuer für andere bestimmt. Nach Landwirtschaftsgesetz muss man dies so vollziehen und das Geld verteilen. Der Kommentar ist aus meiner Sicht einfach falsch. Es ist ein ökologischer Beitrag, das ist richtig, das haben wir auch im Branchenverband getan, aber am Schluss ist es natürlich wie bei der Energieförderung in Bezug auf die Isolation von Häusern und so weiter oder bei den Wärmepumpen. Wird etwas zum Standard, so subventioniert oder zahlt man es am Schluss nicht mehr. Darüber müssen wir dann einmal sprechen, sobald es zum Standard geworden ist. Meiner Meinung nach ist die Gemeinde Hallau, die bei der Verwirrung immer noch nicht mitmacht, rückständig. Die anderen Gemeinden waren da vorbildlich, Löhningen tut das schon lange und es bewährt sich auch. Aber irgendwann müssen wir uns hier, in der Budgetberatung werde ich vielleicht einen Vorstoss machen, über diesen Rebfonds unterhalten. Es muss ir-

gendwann mal diskutiert werden, wofür die Rebsteuer heute eigentlich noch steht. Das als Vorankündigung.

Regierungsrat Erhard Meister: Es gibt Projekte, bei denen es nicht sinnvoll ist, wenn nur der einzelne Bauer etwas unternimmt. Gerade die Verwirrungstechnik ist ein gutes Beispiel. Es nützt nichts, wenn Bauer X seine Schädlinge auf dem Feld verwirrt und Bauer Y daneben nicht. Deshalb ist dieses Instrument dazu da, dass gewisse Massnahmen, die für die Gesamtheit der Rebbauern einen Nutzen haben, eben auch gemeinsam finanziert werden. Dass nicht alle glücklich sind, wenn sie quasi zu einer Zwangssteuer verknurrt werden, kann man verstehen. Aber insgesamt halte ich dieses Instrument für eine gute Sache.

Weitere Wortmeldungen erfolgen nicht.

Schlussabstimmung

Mit 48 : 0 wird dem Verwaltungsbericht, dem Bericht über die WoV-Dienststellen und der Staatsrechnung 2009 zugestimmt.

Kantonsratspräsident Patrick Strasser (SP): Namens des Kantonsrates danke ich dem Regierungsrat sowie den Mitarbeiterinnen und Mitarbeitern der Verwaltung herzlich für die im vergangenen Jahr geleistete gute Arbeit. Auch der Geschäftsprüfungskommission danke ich für ihren sehr grossen Einsatz.

Thomas Hurter (SVP): Ich möchte kein Rückkommen, Sie müssen keine Angst haben. Aber ich möchte noch eine Bemerkung zur WoV-Diskussion machen, die wir eingangs hatten. Ich finde es schon erstaunlich, dass wir jetzt einen Kurs absolvieren sollten, um Fragen zu stellen oder die WoV-Betriebe zu verstehen. Das ist für mich der falsche Ansatz. Die WoV-Betriebe müssten lernen, Kennzahlen zu produzieren, die wir verstehen, die also aussagekräftig sind, und nicht einfach irgendwelche Kennzahlen a gogo machen. Ich jedenfalls möchte keinen solchen Kurs besuchen. Denn dieser kostet nur Geld, und wir müssen nicht wissen, wie wir Fragen zu stellen haben, sondern die WoV-Betriebe müssen klare und deutliche Angaben machen.

Werner Bächtold (SP), Präsident der Geschäftsprüfungskommission: Dem stelle ich entgegen, dass – ich sage es noch einmal – die Geschäftsprüfungskommission, die sich ja seit Jahren mit diesen WoV-Dienststellen beschäftigt, auch schon eine Weiterbildung hatte und dass die GPK diese Weiterbildung wünscht. Und zwar aus folgendem Grund:

Die Steuerung der Ausgaben ist in WoV-Dienststellen grundsätzlich anders als bei den traditionell geführten. Da geht es eben nicht mehr um die Frage, ob man einen grünen oder einen roten Rasenmäher anschaffen soll, sondern darum, dass die Dienststellen eine Wirkung erzielen oder diese Wirkung nicht erzielen. Die Steuermechanismen sind eben ganz anders als bei den traditionellen Dienststellen. Es geht überhaupt nicht darum, Thomas Hurter, dass man lernen muss, wie man Fragen stellen muss, sondern es geht um ein grundsätzliches Verständnis dieser WoV. Und dieser Kurs wird höchstwahrscheinlich freiwillig sein, Sie müssen also nicht mitmachen. Aber ich glaube, für alle interessierten Ratsmitglieder ist das weiterführend und führt auch zum Ziel.

Bei der Debatte von heute Morgen ging es immerhin um die Staatsrechnung 2009, und wenn ich nun sehe, dass wir 500 Seiten beraten haben und es nur – ich runde auf – 15 Fragen gab, dann stelle ich fest: Entweder haben wir in der GPK viel zu gut gearbeitet und alle unsere Fragen wurden bereits zur Zufriedenheit beantwortet, oder dieser Bericht, und das ist meine Vermutung, wurde nicht von ganz allen Ratsmitgliedern so gelesen, wie er eigentlich hätte gelesen werden sollen. Das ist schade. Denn aus meiner Sicht sind die Rechnung und das Budget die Kerngeschäfte dieses Parlaments. Die Unterlagen muss man entsprechend ernst nehmen und so studieren, dass man die richtigen Fragen stellt. Bei den WoV-Dienststellen wären noch einige Fragen offen, davon bin ich überzeugt. Die Unzufriedenheit kommt immer wieder. Ich mache hier ein Beispiel: Die Schulzahnklinik ist immer wieder ein Thema. Wenn man aber diesen WoV-Bericht genau studiert, so hat man Angaben, und wenn diese einem fehlen, muss man eben Fragen zur Wirkung stellen: Erzielt diese Dienststelle die Wirkung, die wir wollen, oder erzielt sie diese nicht? Das ist die Frage. Und diese Frage wird nicht gestellt, was mich erstaunt.

Christian Heydecker (FDP): Dass so wenige Fragen gestellt wurden, Werner Bächtold, hat vielleicht noch einen weiteren, für Sie offenbar kaum denkbaren Grund: dass der Bericht ausgezeichnet ist, dass die Kommentare, welche die Verwaltung gemacht hat, eben selbsterklärend sind und die meisten Fragen schon mit den Kommentaren der Verwaltung beantwortet wurden. In diesem Sinne auch ein Dank an die Verwaltung. Folgendes haben wir in unserer Fraktion noch diskutiert: Waren es nicht allenfalls zu viele Kommentare in diesem Buch, sodass man vor lauter Bäumen den Wald nicht mehr sah? Aber wie gesagt, dieser Bericht ist sehr gut abgefasst und sehr viele Fragen, die sich früher, als wir noch keine Kommentare zur Verfügung hatten, stellten, erklären sich heute von selber.

2. Bericht und Antrag des Regierungsrates betreffend Geschäftsbericht 2008/09 der Elektrizitätswerke des Kantons Schaffhausen AG

Grundlagen: Amtdruckschrift 10-23
 Geschäftsbericht 2008/09 der EKS AG

Kantonsratspräsident Patrick Strasser (SP): Der Bericht ist lediglich zur Kenntnis zu nehmen, weshalb wir zu diesem Geschäft keine Eintretensdebatte durchführen. Da mir jedoch mitgeteilt wurde, dass zu einzelnen Detailpunkten im Bericht noch Fragen kommen werden, möchte ich wie folgt vorgehen: Bringen Sie bitte zuerst allgemeine Ausführungen zum Geschäftsbericht an. Danach werden wir den Bericht kapitelweise durchgehen, sodass Sie zu allfälligen Detailpunkten Fragen stellen können.

Erich Gysel (SVP), Sprecher der Geschäftsprüfungskommission: Die EKS ist eine AG. Die Aktienmehrheit hält der Kanton Schaffhausen. Die Dividenden betragen 3,6 Mio. Franken, die im Verrechnungsjahr an den Kanton ausbezahlt wurden. Dafür bedanke ich mich. Der Regierungsrat übt die Aktienrechte aus und der Kantonsrat nimmt den Geschäftsbericht und die Rechnung zur Kenntnis.

In der GPK wurde alles vorbesprochen. Der neue Direktor der EKS AG, Thomas Erb, hat den Übergang gut gemeistert. Die GPK ist mit allen Antworten auf ihre Fragen zufrieden. Sie ist auch zufrieden mit den Informationen über die Gegenwart und die Zukunft der EKS AG.

Für mich sind drei Spannungsfelder erwähnenswert: Erstens: Soll die EKS AG nur Stromvermittler bleiben, also Strom kaufen, verkaufen und liefern? Oder soll sie auch in die Stromproduktion einsteigen, zum Beispiel Geld in Windanlagen in der Nordsee investieren? Zweitens: Wohin geht die EKS AG? Es besteht eine Spannung zwischen Ökologie und Ökonomie. Welches ist die Aufgabe der EKS AG? Ist es ihre Aufgabe, allen Strom sicher und zu günstigen Konditionen zu liefern? Oder ist es ihre Aufgabe, einen ökologischen Beitrag mit Naturstrom zulasten der Strombezüger und der Wirtschaft zu produzieren und weiterzugeben? Dazu eine Anmerkung: Ich war vorher ein wenig erstaunt, dass die Regierung in einem kleinen Kanton die Basis nicht so gut kennt, es ihr also nicht klar ist, dass man den Hallauern nicht noch den letzten Stolz, das Kraftwerk, wegnehmen kann. Auch hier besteht eine Spannung zwischen Ökologie und Ökonomie. Ist es wichtiger, dass die Fische in die Wutachschlucht in die Ferien schwimmen können, die schön ist, um dort in der Wutachmühle ein Bierchen zu trinken, oder dass wir in diesem Kraftwerk Strom produzieren können? Auch diese Entscheidung ist zu fällen. Eine

dritte Herausforderung besteht darin, dass die EKS AG mit zwei Ländern mit verschiedenen Gesetzen und Preisen arbeitet.

Die GPK empfiehlt dem Kantonsrat, den Bericht zur Kenntnis zu nehmen, ob er gelesen wurde oder nicht, ob wir damit zufrieden sind oder nicht.

Noch eine Anmerkung vonseiten der SVP: In unserer Fraktion war eine gewisse Unzufriedenheit bezüglich der Information über die Preiserhöhung spürbar. Es gab eine Erhöhung beim Strompreis, und die Information dazu wurde als nicht optimal empfunden.

Ich danke der EKS AG für die 3,6 Mio. Franken und allen Mitarbeitern, die zu diesem Resultat beigetragen haben.

Regula Widmer (ÖBS): Die ÖBS-EVP-Fraktion hat den Geschäftsbericht der EKS AG gern zur Kenntnis genommen.

Die Situation der EKS AG ist betriebswirtschaftlich sicher positiv. Der Rechnungsabschluss konnte so nicht erwartet werden. Das Unternehmensergebnis von 10,4 Mio. Franken ist sehr erfreulich und liegt deutlich über demjenigen des Rechnungsjahrs 2007/08.

Das Geschäftsjahr war durch die wirtschaftlich schwierige Situation geprägt. Der konjunkturelle Einbruch, der sich beim Stromabsatz zeigte, hatte seinen Ursprung vor allem im Industriebereich im deutschen Versorgungsgebiet.

Wenn weniger Strom konsumiert wird, freut uns das grundsätzlich. Wenn dies auf konjunkturelle Probleme hindeutet, sind die Ursachen weitreichender und deshalb nicht zu unterschätzen. Wir freuen uns vor allem dann, wenn durch Einsparungen weniger Energie verbraucht wird, und nicht, weil es der Wirtschaft schlecht geht.

Aus unserer Sicht sollte die EKS AG zukünftig vermehrt im Bereich des Einspar-Contractings aktiv werden. Nicht die verkaufte Energie, sondern die eingesparte Kilowattstunde muss im Vordergrund stehen.

Dass durch die Liberalisierung des Strommarktes die Preise in naher Zukunft im prognostizierten Mass steigen könnten, wurde von niemandem erwartet und wirft Fragen auf. Wenn durch die erhöhten Strompreise wirklich auch die Einspeisung erneuerbarer Energien ins Netz gefördert würde, hätte dies einen positiven Effekt. Allerdings müssen die Rahmenbedingungen für die Abgeltung des ökologischen Stroms überdacht und die hohen Netzkosten infrage gestellt werden, damit von einer fairen Abgeltung gesprochen werden kann. Im Moment müssen diese Abgeltungen als miserabel bezeichnet werden.

Die Abhängigkeit von der Axpo mit 97,2 Prozent freut uns nicht. Dass die Einspeisung aus neuen, erneuerbaren Energien von 11,3 Mio. auf 13,4 Mio. Kilowattstunden zugenommen hat, schon eher. Prozentual ist dies zwar mit 18,55 eine respektable Zahl, aber vom Einspeisungsvolumen her ist sie zu klein. Das ist ein kleiner Schritt in die richtige Richtung,

grössere aber müssen folgen. Gerade deshalb besteht vor allem hier massiver Handlungsbedarf.

Die Gewinnausschüttung von 4,8 Mio. Franken ist für unseren Kanton eine erfreuliche Sache. Ein Teil dieser Dividende wird jedoch an die Axpo ausgeschüttet. Die ÖBS-EVP-Fraktion kann die Geschäftspolitik der Axpo AG leider nicht unterstützen!

Die EKS AG verkauft sehr viel Atomstrom. Dieser wird hauptsächlich von der Axpo AG bezogen. Da der Strommix von jedem Kunden separat bestimmt werden kann und die meisten Personen dies gar nicht beachten, unterbreitet die EKS AG im Mix grundsätzlich immer einen grossen Anteil Atomstrom. Das könnte durchaus auch anders sein.

Deshalb soll im Grundsatz vermehrt Strom aus erneuerbaren Energieträgern (Wasser, Wind, Sonne) angeboten werden. Mit einer konsequenten Förderung erneuerbarer Energien kann in diesem Bereich eine bessere Selbstversorgung erreicht werden. Insbesondere könnte hier die Windenergie in Zukunft eine bedeutendere Rolle spielen.

Wir danken der Geschäftsleitung der EKS AG, dem Verwaltungsrat sowie allen Mitarbeiterinnen und Mitarbeitern für ihren Einsatz, der zu diesem für den Kanton Schaffhausen guten Ergebnis geführt hat.

Martin Kessler (FDP): Die FDP-JF-CVP-Fraktion hat den Geschäftsbericht 2009 der EKS AG erfreut zur Kenntnis genommen.

Das Jahresergebnis spiegelt die Wirtschaftslage im Tätigkeitsgebiet der EKS AG. Die Industrie war in Deutschland wesentlich stärker betroffen als in der Schweiz und bei den Privaten ist die Wirtschaftskrise gar nicht angekommen. Hoffen wir, dass dies so bleibt. Auch die Übernahme der Geschäftsleitung im Februar 2009 durch Dr. Thomas Erb scheint innerhalb der EKS AG kein Erdbeben ausgelöst zu haben. In der GPK durften wir Thomas Erb als sympathischen und kompetenten Menschen kennenlernen.

Das «Lichtformat», das Verkaufsgeschäft an der Vordergasse, hat definitiv Format! Die gewählte Strategie, nicht einfach Lampen, sondern innovative Leuchten im Hochpreissegment und die dazugehörigen Leistungen zu verkaufen, scheint aufzugehen.

Die Bemühungen der EKS AG, in Sachen Nachhaltigkeit und effizienter Energienutzung die eigenen Gebäude entsprechend zu sanieren, ist zu begrüssen. Die EKS AG hat auch Vorbildcharakter.

Inwiefern sich die EKS AG vom reinen Stromverteiler zum Stromproduzenten wandeln soll, muss die Politik bestimmen – da stehen uns sicher spannende Debatten bevor.

Bernhard Müller (SVP): Auch ich gratuliere der EKS-Führung und den Mitarbeitenden für das hervorragende Geschäftsergebnis. Hervorheben möchte ich an dieser Stelle das vorbildliche Engagement mit verschiedenen Landwirtschafts- und Energiewirtschaftsbetrieben wie auch der Kläranlage Hegau-Bibertal für die Zusammenarbeit betreffend Einspeisung aus Ökokraftwerken. Auch für den Umbau der Verteilerzentrale in Thayngen zu einem modernen, grenzüberschreitenden Energiezentrum gratuliere ich an dieser Stelle. Dennoch bleibt aus früheren Entscheidungen der EKS-Direktion bei vielen Anwohnern rund um das EKS-Verteilwerk an der Bohlstrasse ein noch nicht verdauter «Klumpen» im Bauch. Es ist das Unverständnis für die Zusammenarbeit der EKS AG mit Sunrise für den Standort von Natelantennen. Mit dem Kamin der ehemaligen Zementi oder mit einem bestehenden Standort mitten im Wohnort und dem gemeindeeigenen Standort bei der Reithalle sollten eigentlich genügend Natelstandorte zur Verfügung stehen. Leider schlägt Sunrise den Standort der Gemeinschaftsantenne bei der Reithalle aus. An diesem Standort sind bereits Orange und Swisscom tätig. Sunrise suchte einen eigenen Standort. Die damalige EKS-Geschäftsleitung stellte Sunrise das EKS-Gebäude zur Verfügung, und zwar im Wissen darum, dass die angrenzenden Firmen mit ihren zahlreichen Beschäftigten und auch Privatpersonen aus der Nachbarschaft den Standort für eine Sunrise-Antenne auf diesem Gebäude ablehnen.

Gemäss Obergerichtsentscheid vom 12. Februar 2010 darf die Antenne auf dem EKS-Gebäude nun erstellt werden. Die Anwohner und zahlreiche Mitarbeiter der benachbarten Firmen tun sich schwer mit dem Entscheid der EKS AG und haben wieder schriftlich interveniert.

Im Namen der Anwohner, die unter anderem auch EKS-Kunden sind, und des Gemeinderates Thayngen bitte ich an dieser Stelle, auf die Vergabe des Antennenstandorts auf dem EKS-Gebäude zurückzukommen und Sunrise als Alternative den Standort für die Gemeinschaftsantenne bei der Reithalle zu empfehlen. Danke für das Entgegenkommen.

Markus Müller (SVP): Aufgrund der vorangegangenen Voten sehe ich mich gezwungen, auch noch etwas zu sagen. Erich Gysel hat richtigerweise die Frage gestellt, wo in Zukunft die Aufgabenbereiche der EKS AG sein sollten. Er hat ebenfalls richtig gesagt, dass diese eine Aktiengesellschaft ist. Meines Wissens ist Regierungsrat Reto Dubach der Vertreter des Kantons und der hat immer die Mehrheit und man tut, was er will. So hoffe ich. Aber schliesslich ist es der Kantonsrat, der ihm mit einem Auftrag vorschreibt, was er dort zu sagen hat. Diese Diskussion sollten wir wirklich einmal führen: Was wollen wir mit unserer EKS AG? Wollen wir die Ökologie oder auch die Ökonomie fördern? Wollen wir ein Netzbetrieb bleiben oder wollen wir Strom produzieren? Und so weiter.

Diese Diskussion sollten wir führen, und zwar in einer Arbeitsgruppe, in der die Kantonsratsmitglieder eingebunden sind.

Dann haben wir gehört – und das hat mich zu meinem Votum bewogen –, dass Martin Kessler und seine Fraktion begeistert über die gute Rechnung sind. Kein Wunder, wenn wir solche Zahlen haben, sind wir alle begeistert. Regula Widmer hat auch gesagt, der Gewinn sei eine erfreuliche Sache. Da mache ich Fragezeichen. Wir müssen einmal schauen, was wir wirklich wollen oder was wir mit der EKS AG anstellen müssen. Wir haben 4,9 Mio. Franken Dividende. Da fliessen offenbar 3,6 Mio. Franken in unseren Sack und der Rest geht extern weg. Das reut mich! Es ergibt eine Steuer von 4,4 Mio. Franken, die in die Staatskasse fliesst. Wir müssen es schliesslich aufsummieren mit den Steuern und Abgaben, die wir sonst noch zahlen. Und darüber müssen wir diskutieren. Ich bin zunehmend nicht mehr bereit, diese Steuer zu akzeptieren, denn wir sprechen immer vom Verursacherprinzip. Beim Abfall muss ich alles bezahlen, bei der EKS AG bezahle ich auch alle Kosten. Das fliesst dann in die allgemeine Kasse, und Steuern zahlen wir auch noch. Ich frage mich dann doch, wofür wir Steuern zahlen, wenn alles gewinnbringend oder kostendeckend ist. Diese Frage muss irgendwann diskutiert werden. Auch darüber, dass doch einige Millionen in den Hauptsitz abwandern, wird zu sprechen sein.

Im Elektrizitätsgesetz lesen wir in Art. 1 Abs. 1: «Der Kanton sorgt für eine flächendeckende Grundversorgung von Bevölkerung und Wirtschaft mit elektrischer Energie.» Dazu gibt es ein paar Detailerklärungen. Aber das ist es bereits. Es steht nirgendwo im Gesetz, dass wir auf Gewinnmaximierung arbeiten müssen, dass wir die Bürger und die KMU und die Industrie mit Zusatzsteuern – um solche handelt es sich letztlich – belasten müssen. Ich interpretiere das sogar ein wenig weiter: Für mich stellt die EKS AG die Stromversorgung bis in die letzte Ecke des Kantons sicher. Das ist unbestritten. Dann muss die Netzsicherheit gewährleistet sein mit der Erhaltung und Erneuerung. Die EKS AG ist ein guter Arbeitgeber mit einem grossen Lehrlingsanteil (10 Prozent), das ist auch wichtig und es bringt Unterstützung für Industrie und Gewerbe. Die Kantonalbank liefert uns auch viel ab, aber bei dieser haben wir ein Risiko, da der Kanton für grosse Beträge garantiert. Dann ist die EKS AG auch eine Milchkuh für den Kanton und die Axpo.

Und der letzte Punkt, das interpretiere ich ebenfalls in die Bestimmung hinein, ist: Die EKS AG muss in Zukunft eine Führungsrolle in Energiefragen und Energieverteilungsfragen ökonomischer, aber eben auch ökologischer Art übernehmen. Ich bitte schon darum, dass wir diese Diskussion bald einmal führen. In diesem Sinn macht Thomas Erb seine Sache gut, und er nimmt den Auftrag, den ihm Regierungsrat Reto Dubach erteilt, wahr. Aber ob es der Zweck der EKS AG sein soll, so viel in die

Staatskasse abzuliefern, ist für mich fraglich. Ich bin gar nicht so wahnsinnig stolz darauf.

Alfred Tappolet (SVP): Wir haben gehört, die Einspeisungsvergütungen müssten von der EKS AG sicher verbessert und überdacht werden. Es wird überall gesagt, Investitionen in Fotovoltaikanlagen seien als langfristige Investitionen zu betrachten. Die heutigen Verkaufsargumente für solche Anlagen gehen immer von einer fast wartungsfreien Situation aus. Ich habe eine der ältesten Fotovoltaikanlagen im Kanton Schaffhausen auf meinem Dach. Es fallen Reparaturen in einem solchen Ausmass an, dass selbst Energiefachleute mir raten, diese Anlage wegen der geringen Einspeisungsvergütungen stillzulegen oder vom Dach zu nehmen. Man weiss, dass diese Anlagen Gleichstrom produzieren. In unseren Netzen können wir aber nur Wechselstrom brauchen. Für diese Anlagen werden also Geräte benötigt, die den Gleichstrom in Wechselstrom umwandeln. Die Technik ist heute noch nicht so weit, dass diese Geräte mehr als 10 Jahre halten. Diese sogenannten Umwandler sind derart teuer, dass ich der EKS AG 5 bis 8 Jahre Strom liefern muss, um meine Reparatur jetzt zu bezahlen. Wenn Leuten, denen heute solche Anlagen verkauft werden, diese Kostenwahrheit über diese Anlagen nicht mitgeteilt wird, wird in 10 Jahren im Kanton Schaffhausen ein Riesenproblem entstehen, falls die Einspeisungsvergütungen nicht massiv, auch für Altanlagen, angepasst werden. Wir diskutieren nun darüber, diese Altanlage, sie ist jetzt fast zwölfjährig, stillzulegen. Ich bin bereit, diese Anlage – in Anwesenheit von Presse und «Schaffhauser Nachrichten» – vom Dach zu schrauben, wenn ich mich aufgrund der geringen Einspeisevergütungen zu diesem Schritt entscheiden muss. In 10 Jahren wird es allen anderen auch so ergehen, und wir werden in diesem Rat die Diskussion führen, wenn diese Reparaturen eben auch auf die anderen zukommen. Wenn Sie den Bericht der Etawatt lesen, so sehen Sie dort einen massiv hohen Ausgabeposten für den Ersatz dieser Gleichrichteranlagen. Natürlich geht das in der Laufenden Rechnung unter, aber für private Anlagen ist es eben nicht zu verkraften.

Dino Tamagni (SVP): Ich freue mich nur mässig über die gute Rechnung der EKS AG. Wir alle bezahlen für den Strom und tragen deshalb zu diesem guten Ergebnis bei. Was mich ein wenig stört, ist Folgendes: Die EKS AG, man kann ja sagen, sie sei ein Monopolbetrieb, erlaubt sich – als einzige Firma im Kanton –, Rechnungen mit massiven Aufschlägen, mit Teuerungen im Strombereich zu verschicken, ohne diese anzukündigen. Hier sollte eine Änderung vorgenommen werden. Ich bitte den Baudirektor, dies so mitzunehmen. Künftig sollen neue Tarife frühzeitig angekündigt werden. Mir wurde aufgrund meiner Reklamation bei der EKS AG

mitgeteilt, die neuen Tarife seien veröffentlicht worden, aber nur im Internet. Es ist nicht die Aufgabe eines Strombezügers, jeden Tag im Internet nachzusehen, wie hoch der Strompreis dann wohl irgendwann sein wird! Also: Diese Tarife müssen rechtzeitig verschickt werden.

Heinz Rether (ÖBS): Zwei Anmerkungen dazu. Die Haushalte bekommen immer die Printmedien der EKS AG. In der letzten Ausgabe lag das Hauptschwergewicht auf den alternativen Energien, den neuen erneuerbaren Energien. Ich glaube, mit einer solchen Ausgabe auferlegt man sich selber auch die Pflicht, Taten folgen zu lassen. Ich bin gespannt, wie das in der nächsten Zeit angepackt wird.

Noch eine weitere Bemerkung zu den Fotovoltaikanlagen. Ich habe das Votum von Alfred Tappolet sehr positiv zur Kenntnis genommen. Es ist auch Inhalt einer Kleinen Anfrage unserer Fraktion; sie liegt immer noch beim Regierungsrat. Es ist in Tat und Wahrheit so: ich hatte Kontakt mit verschiedenen Investorenfirmen, die in Fotovoltaik investieren, und das Echo aus diesen Kreisen, die eigentlich bereit wären, etwas zu bewegen, war ganz klar: Beim Kanton Schaffhausen ist es nicht lohnenswert, in Fotovoltaik zu investieren, weil eben die Einspeisevergütung dies verhindert. Wir befinden uns im Kanton Schaffhausen punkto Fotovoltaik in der Steinzeit. Das war das Echo.

Regierungsrat Reto Dubach: Ich spreche zum vergangenen Geschäftsjahr und zum Geschäftsbericht. Ich glaube, insgesamt hat die EKS AG ein respektables Ergebnis erzielt. Ich möchte es so umschreiben: Es war in einem schwierigen wirtschaftlichen Umfeld mit einer konjunkturellen Lage, die dazu geführt hat, dass der Stromverkauf um mehr als 5 Prozent gesunken ist. Allerdings dürfte, wenn die wirtschaftliche Entwicklung wieder positiv verläuft, auch der Stromverbrauch wieder zunehmen. Ich glaube, man sollte sich vor der Illusion hüten, dass im Verlaufe der Jahre immer weniger Strom gebraucht wird, weil insbesondere die Substitution der fossilen Treib- und Brennstoffe dazu führt, dass die Ersparnisse, die man im Bereich des Stromverbrauchs an einen Ort erreicht – beispielsweise vermehrte Effizienz –, auf der anderen Seite wieder aufgefressen werden, weil der Ersatz der fossilen Brenn- und Treibstoffe zu einem erhöhten Stromabsatz führen wird.

Damit komme ich bereits auf die Herausforderungen zu sprechen, die auf die EKS AG warten. Die eine ist die Liberalisierung des Strommarktes. Diese führt zu einem erhöhten Margendruck und auch dazu, dass die Gewinne in Zukunft nicht mehr im gleichen Ausmass wie in der Vergangenheit ausfallen werden. Es wird zudem sicher auch die grosse Herausforderung auf die EKS AG zukommen – sie beschäftigt sich bereits heute damit –, inwiefern sie ihren heutigen Auftrag, den sie zu erfüllen

hat, entsprechend an die heutigen Herausforderungen anpassen soll. Das ist vor allem die Verbesserung des Produktemixes, was erwähnt wurde. Wir haben einen zu hohen Anteil an Kernenergie und einen zu geringen Anteil an erneuerbaren Energien. Das Problem ist erkannt. In diesem Bereich müssen wir uns tatsächlich verbessern. Und es wird auch die Frage beantwortet werden müssen, ob sich die EKS AG in neuen Geschäftsfeldern engagieren wird, insbesondere eben auch in der Produktion selber. Dies wird Modifikationen in der strategischen Ausrichtung zur Folge haben.

In diesem Zusammenhang rufe ich Ihnen die Zuständigkeiten in Erinnerung. Der Energiedirektor kann nicht alleine bestimmen, was geht und was nicht, einfach aufgrund der Aktienmehrheit, sondern der Energiedirektor ist Mitglied des Verwaltungsrats. Er ist ein Mitglied unter mehreren Mitgliedern und hat eine Stimme. Insofern kann er den Verwaltungsrat nicht majorisieren. Anders sieht es bei den Aktien aus. Die Aktien werden vom Regierungsrat vertreten. Dort besteht eine Aktienmehrheit, aber es ist nicht der Energiedirektor, der in der Generalversammlung die Aktien vertritt, sondern ein anderes Regierungsmitglied. Dies entspricht auch der Corporate Governance.

Zur angesprochenen Preisentwicklung: Wenn wir diese in den letzten Jahren betrachten, so ist sie sehr moderat verlaufen. Ich habe hier die letzten vier Jahre bei den Privathaushalten: Der Preis ist von 17,14 Rappen im Durchschnitt auf 17,97 Rappen angestiegen. Wenn ich aber einen mittleren Gewerbebetrieb betrachte, so ist für diesen die Kilowattstunde von 15,28 Rappen auf 14,02 Rappen gesunken. Im Bereich der grösseren Industriebetriebe ist der Preis in den letzten vier Jahren ziemlich konstant geblieben, mit einer Steigerung von 11,42 Rappen auf 11,5 Rappen. Die EKS AG bemüht sich also sehr, günstige Energiepreise anzubieten und damit eben auch die Konkurrenzfähigkeit unserer Betriebe zu garantieren. Jede Verbesserung des Mixes führt dazu, dass die Energiepreise, also die Strompreise, tendenziell ansteigen werden. Das ist zumindest so lange der Fall, als bei den erneuerbaren Energien die Wirtschaftlichkeit noch nicht im gleichen Ausmass gegeben ist. Und da sind wir bereits bei der politischen Frage angekommen: Wollen wir das oder wollen wir das nicht? Hier kann man tatsächlich beide Meinungen vertreten, wobei die Regierung der Auffassung ist, dass die Wettbewerbsfähigkeit letztlich immer gegeben sein sollte. Daher sind dieser Änderung des Produktemixes gewisse Grenzen gesetzt. Man kann aber beispielsweise bei den Gewinnen einsparen, das ist richtig. Man kann sagen, die 4 Mio. Franken werden nun anderweitig investiert. Aber ich erinnere Sie daran: Von 4,8 Mio. Franken haben wir natürlich mehr als 2 Mio. Franken wieder in die Energieförderprogramme investiert. Das hat zwar keinen direkten Zusammenhang, aber zumindest einen indirekten. Man sieht dies bei-

spielsweise sehr schön im Kanton Thurgau, wo ein Teil der Gewinne, die vom kantonalen Elektrizitätswerk ausgeschüttet werden, direkt in die Energieförderprogramme fliessen und nicht einmal an der Staatskasse vorbeikommen. Wir haben ein anderes Modell. Ich bin aber sehr damit einverstanden, dass wir diese Diskussion führen, auch unter Einbezug des Parlaments. Es wird zu überlegen sein, in welchem Rahmen wir das tun sollen. Sicherlich im Zusammenhang mit der Vorlage «Ausstieg aus der Kernenergie». Sie haben dieses Postulat an die Regierung überwiesen. Wir sind mit der Stadt Schaffhausen daran, entsprechende Varianten auszuarbeiten und auch aufzuzeigen, ob diese Varianten machbar sind, ob sie der Versorgungssicherheit dienen und ob sie dem Prinzip der Wirtschaftlichkeit entsprechen. An sich planen wir, Ihnen die entsprechenden Vorschläge spätestens Anfang 2011 zu unterbreiten. Dann kann die Diskussion sicherlich geführt werden. Allenfalls bietet sich schon ein früherer Zeitpunkt an oder drängt sich ein solcher auf, wo wir zumindest in die Diskussion einsteigen sollten.

Bericht an die Aktionäre

Risikoanalyse

Martina Munz (SP): Es wurde bereits sehr viel zur Nachhaltigkeit gesagt. Ich werde mich dreimal zu Wort melden, und jedes Mal zur Nachhaltigkeit. Gemäss Martin Kessler haben die Bemühungen der EKS AG bezüglich Nachhaltigkeit Vorbildcharakter. Uiuui! Das kann man nur sagen, wenn man keine Ahnung hat, was in anderen Versorgungsgebieten läuft. Ich bin daher sehr froh über das Votum von Alfred Tappolet. Die Vergütung der EKS AG bezüglich fairer Einspeiseentschädigung/Einspeisevergütung ist ein Hohn. Die Minimalrichtlinien des Bundes, die wirklich sehr, sehr tief sind, werden halbiert; statt 16 Rappen werden 8 Rappen bezahlt. Es nützt doch nichts, wenn wir mit dem Energieförderprogramm Fotovoltaikanlagen mit grossen Investitionsbeiträgen fördern, wenn auf der anderen Seite die EKS AG die hohle Hand macht und jedem Investor ins Gesicht lacht.

Ich sage zuerst etwas zur Naturstrombörse und habe dann auch eine Frage dazu. Die EKS AG brüstet sich mit der Idee der Naturstrombörse. Im Geschäftsbericht steht, dass 600'000 Kilowattstunden vermarktet werden konnten. Das reisst niemanden vom Hocker. Auf der Internetseite der Naturstrombörse wird rund das Dreifache genannt, allerdings in einem viel grösseren Einzugsgebiet. Auch das ist wenig bis gar nichts. Gemäss Homepage würden die Anbieter von Naturstrom gern 35 Mio. Kilowattstunden als Naturstrom vermarkten, so viel wird also bereits produziert. Gekauft werden aber knapp 2 Mio. Kilowattstunden, das heisst, nur 5,5

Prozent des angebotenen Naturstroms finden tatsächlich zu fairen Preisen Abnehmer. Angebot und Nachfrage stimmen nicht überein. Wie viel von diesem Strom im Versorgungsgebiet der EKS AG überhaupt produziert wird, ist nicht ersichtlich. Die Naturstrombörse als Drehscheibe für Ökostrom ist erst dann eine gute Sache, wenn sich die EKS AG bereit erklärt, allen produzierten Naturstrom zu fairen Preisen zu kaufen. Der Strommix wurde als Beispiel genannt. Dieser Strom muss dann auch vermarktet werden. Die EKS AG bietet sich, wie ich es wahrnehme, über diese Internetplattform aber nur als Marktplatz an. Als Marktplatz, der notabene nicht funktioniert. Das moderne Geschäftsmodell, so steht es jedenfalls auf Seite 29, ermöglicht neue Wege der Vermarktung. Modern heisst aber noch lange nicht erfolgreich. Ich glaube einmal mehr an das Gute, sogar bei der EKS AG, und stelle mir vor, dass die EKS AG ja eigentlich mehr erreichen möchte als dieses magere Resultat. Zurzeit kommt aber die Naturstrombörse als mattgrünes Deckmäntelchen daher. Ich wünsche mir, dass die EKS AG mit einem wirkungsvollen Naturstrommanagement an die Öffentlichkeit tritt. Meine konkrete Frage: Welchen Beitrag leistet eigentlich die EKS AG in Bezug auf die Naturstrombörse? Weder im Geschäftsbericht der EKS AG noch auf der Internetseite der Naturstrombörse erhält man dazu Auskunft. Ich möchte zur Risikoanalyse (auf der gleichen Seite, einen Abschnitt weiter unten) auch noch eine Frage stellen: Welches sind die wichtigsten Ergebnisse dieser Risikoanalyse? Und welche Massnahmen werden auch umgesetzt?

Regierungsrat Reto Dubach: Ich glaube, wir haben das Ganze schon andiskutiert. Die Analyse von Martina Munz stimmt über weite Strecken. Es ist insbesondere so, dass die EKS AG bisher keine Garantie dafür abgegeben hat, dass sie Naturstrom auch entgegennimmt, sondern sie ist eigentlich der Marktplatz. Daher übernimmt die EKS AG in diesem Zusammenhang auch keine wesentlichen Kosten, ausser den logistischen Aufwendungen. In diesem Bereich besteht daher ganz sicher noch Handlungsbedarf, und darauf habe ich bereits hingewiesen.

Was ich eigentlich von Martina Munz noch erwartet hätte, wenn sie sich nun schon geäussert hat: Zum Bericht an die Aktionäre wurde vor einem Jahr kritisiert, es klängen sehr deutliche Axpo-Töne aus dem Geschäftsbericht heraus. Das wurde gegeisselt. Immerhin haben wir einen gewissen Fortschritt erzielt. Ich wäre daher froh, wenn das auch entsprechend erwähnt würde.

Vor allem das deutsche Versorgungsgebiet stellt für uns ein grosses Risiko dar. Es ist eigentlich auch ein bisschen ein Erfolgsfaktor der EKS AG, weil das deutsche Versorgungsgebiet sich sehr gut dazu eignet, auch Erträge zu erzielen. Gleichzeitig wird es immer schwieriger, die Kunden zu behalten. Die Konzessionen laufen in den nächsten 2 bis 3

Jahren aus, und das Risiko besteht, dass dann die Kunden und die Weiterverteiler – das sind zum Teil auch die Gemeinden – aussteigen beziehungsweise umsteigen.

Heinz Rether (ÖBS): Nur noch eine kleine Randbemerkung zu dem, was Regierungsrat Reto Dubach gesagt hat. Dass sich das Nachbarland Deutschland eignet, um eben Naturstrom zu generieren, hängt natürlich auch mit seinem Background zusammen. Denn dort stimmt die Einspeisevergütung. Und das ist genau der Knackpunkt, wo der Kanton Schaffhausen eben tätig werden muss. Ich finde nicht, dass wir Stromtourismus betreiben müssen, wir können das auch selber hinkriegen.

Energieversorgung

Jonas Schönberger (AL): Bei der Stromkennzeichnung steht wieder einmal diese Axpo-Lüge von nahezu CO₂-frei produziertem Strom. Regierungsrat Reto Dubach hat den Auftrag, Szenarien zum Ausstieg aus der Atomenergie zu formulieren. Die Axpo-Lüge ist bereits mehrfach widerlegt worden. Atomstrom ist nicht CO₂-frei. Es beginnt bei den Erdbewegungen für den Abbau, den Transport, die Anreicherung zu spaltbarem Material, die Renaturierung dieser Gebiete und geht über den Bau, den Betrieb, bald auch den Rückbau der Atomkraftwerke, die alle CO₂ verursachen. Es sind das Zwischenlager und die Endlagerung, die CO₂ verursachen. Die CO₂-Bilanz von Kernkraft ist mit derjenigen von Gaskraftwerken gleichzustellen. Ich bitte hier den zuständigen Verwaltungsratspräsidenten, sich auch dafür einzusetzen, dass mit dieser Lüge keine Werbung mehr gemacht wird.

Thomas Hurter (SVP): Ich habe eine kurze Frage zu Seite 16 zur Strombeschaffung. Dort kann man feststellen, dass beim Rheinkraftwerk Neuhausen AG die Strombeschaffung massiv zusammengebrochen ist. Was ist der Grund dafür? Ist es der Preis? Wie sieht das aus? Und womit ist in Zukunft zu rechnen?

Regierungsrat Reto Dubach: Es ist sicherlich nicht der Preis. Beim Rheinkraftwerk handelt es sich um eines der am wirtschaftlichsten betriebenen Kraftwerke, die zu sehr tiefen Preisen Strom produzieren. Es besteht daher ein grosses Interesse, dass wir möglichst viel von diesem Strom beziehen können. Das Rheinkraftwerk hat früher auch das entsprechende Netz im Bereich von Neuhausen am Rheinfall (SIG-Areal und umliegende Liegenschaften) betrieben. Ob nun dieser Rückgang damit zu tun hat oder ob sie einen vermehrten Eigengebrauch haben oder die-

sen Strom anderweitig verkaufen, kann ich im Moment nicht schlüssig beantworten.

Aber noch ein Hinweis zum Votum von Jonas Schönberger. Immerhin sagen wir nicht mehr, Atomstrom sei CO₂-frei, sondern nahezu CO₂-frei. Das ist doch auch eine gewisse Entwicklung. Ich habe gerade letzthin wieder eine Darstellung gesehen, wo Kernenergie im Vergleich mit anderen Energieträgern immer noch sehr tief ist im Bereich der CO₂-Emissionen. Es kommt darauf an, wenn ich diesen Satz noch sagen darf, was man alles dazu rechnet. Es ist klar: Wenn nur die Produktion genommen wird, dann geht es in Richtung nahezu CO₂-frei, aber selbst wenn jetzt die ganze Gewinnung auch des Urans, die ganze Herstellung auch des Kraftwerks und alles zusammengerechnet wird, dann ist es im Vergleich mit anderen Energieträgern immer noch mindestens in der unteren Hälfte.

Martina Munz (SP): Es kommt natürlich sehr darauf an, wie man die Berechnungen des Uran-CO₂ anstellt. Wenn man davon ausgeht, dass die Brennstäbe Abbaumaterial von kriegsfähigem Plutonium sind und das CO₂ bei der Herstellung des Plutoniums der Kriegsindustrie zurechnet, dann präsentiert sich die Berechnung ein bisschen besser. Aber es ist eine schreckliche Rechnung, wenn unsere AKWs auf dem ganzen Kriegssirrsinn basieren. Wenn Sie es richtig rechnen, dass Uran also wegen der AKWs aufbereitet wird, dann haben wir ganz schlechte CO₂-Zahlen. Dann befinden wir uns tatsächlich im Bereich von Gaskraftwerken.

Thomas Hurter (SVP): Ich lasse mich nicht so einfach abspeisen. Wir haben einen Geschäftsbericht mit einer 80-prozentigen Veränderung der Kennzahl. Wir finden keinen Kommentar dazu und der zuständige Regierungsrat weiss die Antwort auch nicht. Das darf doch nicht sein. Oder handelt es sich auch wieder um so eine Kennzahl, die nichts aussagt?

Regierungsrat Reto Dubach: Ich habe bereits gesagt, dass es zwei Varianten gibt. Die eine ist, dass dies infolge der Übernahme des Netzes durch die EKS AG anders in die Rechnung eingeflossen ist. Die andere Variante ist die, dass der Verkauf anderweitig – nicht mehr über die EKS AG – erfolgt. Ich muss erwähnen, dass Neuhausen auch einen Eigenbedarf hat. Zudem gibt es auch andere Aktionäre wie beispielsweise die Axpo. Daher fliesst das natürlich in diese Netze hinein. Aber ich werde es, Thomas Hurter, abklären und Ihnen eine genaue Antwort auf Ihre Frage zukommen lassen.

Willi Josel (SVP): Ich komme gern nach vorne ans Rednerpult, denn ich will sehen, wer schläft. Daher werde ich auch weiterhin nach vorne kommen.

Ich beziehe mich auf die Seite 21: Unter dem Titel «Netzbetrieb» oben rechts können Sie es sehen. Sie sehen auch weiter vorne auf Seite 14, dass 47,6 Prozent des gesamten Stroms exportiert werden. Wir exportieren also fast die Hälfte nach Deutschland. Da gibt es aber offenbar Risiken. Hier steht nämlich: «Mit der Strommarktliberalisierung erhalten Stromunterbrüche einen neuen Stellenwert. Sowohl in Deutschland als auch in der Schweiz sind Bestrebungen im Gange, Verteilnetzbetreiber zu pönalisieren.» Meine Frage geht an den Regierungsrat: Mit welchen Risiken haben wir zu rechnen, wenn aus irgendwelchen Gründen in Deutschland der von uns gelieferte Strom nicht geliefert werden kann? Wie gross ist das Risiko? Wie stark könnte die EKS AG und damit die Rechnung des Kantons beeinflusst werden?

Netz

Martina Munz (SP): Ich spreche zum ersten Abschnitt auf Seite 20. Die neue Stromleitung zwischen Thayngen und Herblingen wurde mindestens teilweise unterirdisch verlegt. Bei den Stromkonzernen ist anscheinend doch teilweise ein Umdenken im Gange. Mit Genugtuung habe ich auch festgestellt, dass die neue Zuleitung zum projektierten Unterwerk Hohbrugg / Silblingerhöhe – wenigstens im Geschäftsbericht – kein Thema mehr ist. Die NOK meldet also vorläufig keinen Bedarf mehr für diese neue Leitung. Die NOK hat sich allerdings nie grundsätzlich gegen eine neue oberirdische Starkstromleitung quer durch den Klettgau ausgesprochen. Das bedaure ich sehr. Denn diese neue Hochspannungsleitung könnte sofort wieder an Aktualität gewinnen, wenn es interessant wird, für das deutsche Versorgungsgebiet Strom aus der Schweiz zu beziehen. Das ist heute marktwirtschaftlich nicht interessant. Der NOK und der EKS AG möchte ich hier aber mit aller Deutlichkeit sagen, dass der Widerstand gegen diese Hochspannungsleitung nicht schläft. Eine neue Leitung muss in den Boden!

Regierungsrat Reto Dubach: Zur Frage von Willi Josel: Es ist in der Tat so, wie es hier geschrieben steht: Dieses Risiko besteht und diese Pönalisierung hat Auftrieb erhalten. Im Moment sind wir daran abzuklären, in welchem Ausmass dieses Risiko allenfalls eintreffen kann. Dazu kann man noch keine genauen Aussagen machen. Es wird aber im Rahmen des nächsten Geschäftsberichts möglich sein.

Was die unterirdische Leitung betrifft: Der Regierungsrat hat sich klar gegen eine oberirdische Leitung eingesetzt. Insofern stehen wir für eine

Erdkabelung. Diese Haltung ist unverändert, und so wird es auch in Zukunft sein. Das Unterwerk Hohbrugg aber ist momentan schlicht und einfach kein Thema und wird nicht diskutiert. Daher sind diese Pläne für den Moment zumindest schubladisiert und ich sehe auch keine Anzeichen dafür, dass diese Schublade in nächster Zeit geöffnet werden soll.

Mitarbeitende, Sicherheit und Riskmanagement

Thomas Hurter (SVP): Beim Riskmanagement wird davon gesprochen, dass die Risiken angeschaut und gewisse Massnahmen sukzessive umgesetzt werden. Um welche Risiken handelt es sich? Welche Massnahmen wurden bereits umgesetzt?

Regierungsrat Reto Dubach: Das eine Risiko ist der liberalisierte Strommarkt, der die Rentabilität in der Tat herabsetzen wird. Ich habe bereits darauf hingewiesen. Das zweite Hauptrisiko ist das deutsche Versorgungsgebiet, bei dem unklar ist, wie es sich in absehbarer Zukunft entwickeln wird. Es wurde richtigerweise darauf hingewiesen, dass wir einen Grossteil unserer Geschäftstätigkeit mit der EKS AG in Deutschland haben. Daher sind wir sehr stark den Entwicklungen im deutschen Strommarkt ausgesetzt. Generell kann man sagen, dass der Verwaltungsrat auch früher ein gewisses Riskmanagement betrieben hat, allerdings nicht in professionalisierter Art und Weise. In diesem Bereich haben wir heute ganz andere Methoden zur Verfügung. Das war auch wirklich an der Zeit

Nachhaltigkeit

Alfred Tappolet (SVP): Ich bitte den Baudirektor, bei der EKS AG mindestens dahingehend vorstellig zu werden, dass im Geschäftsbericht nicht fälschlicherweise mit Kilowatt- und Megawattstunden manipuliert wird. Man sieht das überall dort, wo es gut klingt. Zum Beispiel wird bei den durchgeführten Gemeindemassnahmen zur Energieeinsparung in Kilowattstunden operiert: 154'000 Kilowattstunden. Bei der Einspeisung der EKS AG ist die Rede von 16'950 Kilowattstunden, und bei der deutschen Einspeisung werden 3'109 Megawattstunden genannt. Damit Sie einen guten Vergleich erhalten, bitte ich Sie, mal die Nullen dazuschreiben beziehungsweise wegzustreichen. Dann haben wir einen realen Vergleich, wie man eigentlich diese Nachhaltigkeit unterstreichen könnte. So sieht es von den Zahlen her gut aus; auch bei den Naturstromkunden sind es 600'000 Kilowattstunden. Das könnte man auch in Megawattstunden ausdrücken. Dann hätten wir einen realen Vergleich

zur Verfügung. Wir sind sicher so schlau, dass wir auch die Umrechnungsmasseinheitentabelle auf der ersten Seite studiert haben. Aber nachher bitten wir zumindest bei der Nachhaltigkeit um eine einzige Messgrösse, damit der Vergleich auf den ersten Blick sichtbar wird. Dann wissen wir nämlich, dass die EKS AG nur 16 Megawattstunden Fotovoltaikstrom produziert. Das ist die wirkliche Grösse; im deutschen Einzugsgebiet sind es 3'000 Megawattstunden.

Martina Munz (SP): Ich bin froh, dass bezüglich der Nachhaltigkeit zumindest 2 Seiten (28 und 29) reserviert wurden. So nachhaltig finde ich aber die Politik der EKS AG nicht. Darüber haben wir uns bereits ausführlich ausgelassen. Ein weiterer Punkt ist zum Beispiel der Energiesparfonds im ersten Abschnitt auf Seite 29. Hier finden wir ein weiteres grünes Deckmänteli der EKS AG. Grossartig wird von rund 2 Mio. Franken berichtet, die in erneuerbare Anlagen investiert werden. Schön und gut. Aber lesen Sie auch das Kleingedruckte! Diese 2 Mio. Franken wurden in 19 Jahren investiert. Das bedeutet rund Fr. 100'000.- an Investitionen pro Jahr. Wahrlich keine gigantische Summe für ein Werk, das dieses Jahr ein Unternehmensergebnis von 10 Mio. Franken präsentiert!

Auch in diesem Geschäftsjahr betrug der Zuwachs im Fonds nur Fr. 120'000.-. Daraus wurde der Bau einer einzigen Fotovoltaikanlage gefördert. Um diese Zahlen zu erkennen, muss man allerdings den letztjährigen Geschäftsbericht hinzuziehen. Ich erwarte, dass die EKS AG bei diesen Zahlen etwas mehr Transparenz walten lässt. Im Geschäftsbericht sollte mindestens sichtbar werden, was sich von Jahr zu Jahr ändert. Noch viel lieber wäre mir allerdings, dass die EKS AG erneuerbare Energien tatsächlich spürbar fördern und in diese investieren würde.

Das Kapitel Fotovoltaik lässt bei mir viele Fragen offen. Im Geschäftsjahr sollen im schweizerischen Versorgungsgebiet 87 Anlagen insgesamt 150 Megawattstunden erneuerbaren Strom produziert haben. Im Vorjahr waren es gemäss dem letzten Geschäftsbericht 98 Anlagen mit 494 MWh. Das heisst, es waren vor einem Jahr 11 Anlagen mehr und diese produzierten mehr als das Dreifache der heutigen Strommenge. Da stimmt wohl etwas nicht.

Im deutschen Versorgungsgebiet, das etwa gleich gross ist wie das Schweizer Versorgungsgebiet, wurde das 20-Fache der Strommenge produziert! Während bei uns eine Abnahme stattgefunden hat, hat im deutschen Gebiet im letzten Jahr der Zuwachs 35 Prozent betragen.

Frage an den Regierungsrat: Warum ist im Schweizer Versorgungsgebiet der Strom auf einen Drittel der produzierten Menge zurückgegangen, während rundherum Fotovoltaikanlagen boomen? Ist das, was Alfred Tappolet genannt hat, der Grund?

Urs Capaul (ÖBS): Wir sind beim Kapitel Nachhaltigkeit. Und wir haben auch so einen Umschlag mit Wald bekommen. Es heisst denn auch: «Der Wald ist Sinnbild für eine intakte Natur und Teil unserer Heimat.» Wenn ich eine Broschüre mit hochweissem 100-Gramm-Papier erhalte, frage ich mich, was man sich dazu überlegt hat, wenn solche Meinungen zur Nachhaltigkeit vorherrschen. Ich wünschte mir auch, dass ein bisschen mehr Transparenz hergestellt würde, auch auf Seite 18. Bei diesen Grafiken wird immer von erneuerbaren Energien gesprochen. Bitte unterteilen Sie das. Meines Erachtens ist nämlich darin fast nur Wasserkraft enthalten, und was neu erneuerbar ist, ist verschwindend klein. Das haben wir nun mehrfach gehört und auch festgestellt. Aber dieser Anteil neuer erneuerbarer Energie, der soll ausgewiesen werden sowohl im EKS Strommixgebiet Deutschland als auch in der Schweiz. Dann sieht das Ganze schon ganz anders aus. Ich wünschte mir schon, dass, wenn schon von Nachhaltigkeit gesprochen wird, auch entsprechend verfahren wird.

Heinz Rether (ÖBS): Wir haben in der Diskussion über die EKS AG viele konkrete Stellungnahmen und Fragen gehört. Vonseiten der Regierung haben wir allerdings sehr viel Verallgemeinerndes gehört. Ich finde schon, dass wir vom Regierungsrat noch ein bisschen konkretere Antworten zugut hätten. Denn der Regierungsrat ist unser Sprachrohr in der EKS AG. Der Energiedirektor ist unser Sprachrohr im Verwaltungsrat. Wie sieht die persönliche Position des Energiedirektors aus? Das interessiert mich. Welches sind seine Ziele und Inhalte im Bereich Optimierung? Das wurde zwar im Grossen und Ganzen angetönt, aber Konkretes zur genauen Fokussierung habe ich heute Morgen nicht gehört.

Christian Heydecker (FDP): Jetzt muss ich doch auch noch das Wort ergreifen. Ich habe x-mal zugehört und dabei vernommen, dass die EKS AG alles falsch macht. Sie zahlt zu geringe Einspeisevergütungen, sie unterstützt diese Fotovoltaikanlagen zu wenig und so weiter. Meine Damen und Herren, wenn das alles umgesetzt würde, was Sie proklamiert und verlangt haben, dann hätten wir um einiges höhere Strompreise. Ich rate Ihnen: Lenken Sie doch mal Ihren Blick weg von der Produktion hin auf den Verbrauch. Wenn alle Schaffhauser bereit wären, Naturstrom zu beziehen und entsprechende Mehrvergütungen zu leisten, dann wäre auch ich der Meinung, dass die EKS AG hier entschieden mehr tun müsste. Aber wie ist die Realität? Ganz anders! Wer von Ihnen bezieht denn Naturstrom? Das ist wahrscheinlich eine kleine Minderheit, es gehen, wie ich sehe, nur ein paar wenige Hände hoch. Es ist eine verschwindend kleine Minderheit, die das tut. Meine Damen und Herren: Wasser predigen und Wein trinken, so sieht doch die Situation aus.

Die Stimmbürgerinnen und Stimmbürger, die Stromkonsumentinnen und Stromkonsumenten, die wollen günstige Strompreise. Auch unsere Wirtschaft ist darauf angewiesen, dass wir günstige und konkurrenzfähige Strompreise haben. Die EKS AG agiert eben auch am Markt. Und wenn dieser Markt sagt, er wolle keinen Naturstrom, dann kann die EKS AG nicht einfach am Markt vorbei reagieren und agieren. Dann hat sie diese Konsequenzen so zu tragen. Ich bin gespannt, wenn der Bericht der Regierung irgendwann einmal vorgelegt wird, was es wirklich bedeutet, wenn wir aus der Kernenergie aussteigen. Zu Recht hat der Energiedirektor immer wieder betont, dass das Thema Wirtschaftlichkeit ebenfalls beleuchtet werden muss. Ich kann Ihnen garantieren, Sie werden erschrecken, wenn Sie über die finanziellen und wirtschaftlichen Konsequenzen eines Ausstiegs aus der Kernenergie aufgeklärt werden. Dann wird die Diskussion auf einem ganz anderen Niveau geführt. Und heute ist es eben so: Man verlangt, Alfred Tappolet, dass die Einspeisevergütungen so hoch sein sollen wie in Deutschland; Deutschland wird immer wieder als Vorzeigeobjekt präsentiert. Meine Damen und Herren, Deutschland mag vielleicht im Fussball ein Vorbild sein, ab heute Nachmittag allerdings auch nicht mehr. Aber wollen wir denn Verhältnisse wie in Deutschland? Da subventioniert der Staat diese Energieproduktion bis zum Gehnichtenmehr. Dafür sind jetzt die Staatskassen leer und müssen den Beamten die Löhne gekürzt werden. Das sind die Realitäten. Ich bitte Sie, in dieser Diskussion doch etwas mehr Realitätssinn walten zu lassen.

Heinz Rether (ÖBS): Beurteilen Sie dieses Votum von Christian Heydecker pragmatisch. Wir müssen es ganz klar sehen: Wenn wir dieses Argument gelten lassen, sind wir auch in 50 Jahren immer noch genau dort, wo wir heute stehen, nämlich im energiepolitischen Niemandsland, was die alternativen Energien betrifft, vor allem die Fotovoltaik. In Deutschland, und nicht nur dort, sondern auch in vielen anderen Ländern, die auf diese Karte setzen – Sie erfahren es aus den Printmedien und aus dem Fernsehen, das Sie jeden Tag konsumieren –, werden enorme Summen in diesen Bereich investiert. Ein Fakt ist heute, dass in gewissen Regionen Deutschlands der Naturstrom gegenüber dem Atomstrom bereits markttauglich ist. Und zwar nicht nur wegen der Subventionen, sondern weil er eben in einem gewissen Volumen zur Verfügung steht.

Regula Widmer (ÖBS): Christian Heydecker hat in seinem Votum einige Punkte zur Sprache gebracht, die so nicht stehengelassen werden dürfen. Am 25. Februar 2010 war in den «Schaffhauser Nachrichten» ein Artikel über die Liberalisierung des Strommarktes. Da wurde von einer 60-prozentigen Erhöhung der Stromkosten gesprochen im System, in dem

wir heute sind. Die tiefen Strompreise, die Sie favorisieren und halten möchten, sind Schnee von gestern, die kommen so oder so. Wir können uns überlegen, ob wir höhere Strompreise ohne Hochrisikotechnologie oder höhere Strompreise mit einer umweltverträglichen Systematik wollen. Dass die Einspeisevergütungen nicht das Ausmass wie in Deutschland haben müssen, da bin ich mir sicher. Wir können uns als Kanton nicht gegen Atommüll wehren und gleichzeitig keinen Schritt in diese Richtung tun. Wenn wir also davon sprechen, 2035 einen Ausstieg aus der Atomenergie nur in Betracht zu ziehen, müssen wir jetzt den ersten Schritt tun. Und dieser erste Schritt heisst, dass wir die Punkte, die in verschiedenen Voten angesprochen wurden, auch umsetzen.

Markus Müller (SVP): Diese Diskussion zeigt, dass ein relativ grosses Unbehagen besteht und dieses Thema auch diskussionswürdig ist. Ich bin froh über die Antwort von Regierungsrat Reto Dubach, dass er das aufnimmt und dass eine Gruppe oder etwas Ähnliches ins Leben gerufen wird. Von dieser Diskussion muss natürlich auch die EKS AG Kenntnis nehmen. Ist der Herr auf der Tribüne ein Vertreter der EKS AG? Nein, er schüttelt den Kopf. Dann hält es die EKS AG also offensichtlich nicht für nötig, diese Diskussion mitzuverfolgen. Es ist wichtig, sie sollte es direkt hören. Sie hat ja genügend Angestellte, sodass sie jemanden delegieren könnte.

Das Argument, Christian Heydecker, der Strom würde dann mehr kosten, ist eben falsch. Wir haben doch einen satten Gewinn. Da scheint also doch einiges drin zu liegen. Ich lege nun noch, um aus meiner Sicht die Diskussion abzuschliessen, Regierungsrat Reto Dubach Folgendes ans Herz: Die EKS-AG-Obereren sprechen anscheinend nicht vom Gleichen wie die Leute der Politik, und die Politik ist immer noch der Kantonsrat und das Volk. Ich empfehle Ihnen, den Verwaltungsrat einmal anzuschauen. Ich habe mir jetzt die Fotos im Bericht angesehen. Da hat niemand, aber auch gar niemand viel mit dem Kanton und der kantonalen Politik zu tun. Man müsste das vielleicht mal überdenken und sich überlegen, ob man dort wieder den Kantonsrat engagieren möchte. Ich kann mich erinnern, dass bei der Axpo die Leute immer wechseln. Die haben aber auch einen ganz anderen Auftrag. Aber die Leute, die bei uns im Verwaltungsrat sind, müssen das Kantonswohl vor Augen haben. Es wäre vielleicht gut, wieder einmal ein Mitglied des Kantonsrates einzubeziehen.

Kantonsratspräsident Patrick Strasser (SP): Der Direktor der EKS AG wurde gleich im Anschluss an die Pause informiert, dass die Debatte um etwa 10.40 Uhr beginnen würde. Sie begann dann schliesslich um 10.45

Uhr. Anscheinend hat er aber trotzdem keine Zeit gefunden, um zu kommen.

Regierungsrat Reto Dubach: Immerhin ist der Verwaltungsratspräsident hier, das ist ja auch nicht nichts.

Ich gestatte mir zwei Vorbemerkungen. Ich habe die Diskussion höchst interessiert verfolgt. Markus Müller hat richtig zusammengefasst, dass eine gewisse Diskrepanz zwischen der Grundstimmung, die ich jetzt aufgrund einer ersten Diskussion wahrnehme, und der Diskussion, die jeweils innerhalb der EKS AG stattfindet, besteht. Insofern bin ich froh über die heutige Diskussion. Aber ich sage Ihnen doch noch: Am Anfang, bei den Fraktionserklärungen, da haben Sie gedankt – der Geschäftsleitung und den Mitarbeitenden für die gute Leistung, die sie erbracht haben. Sie sehen also doch auch das Gute, das dieses Unternehmen erreicht hat. Dieses Unternehmen hat im letzten Jahr sehr viel Gutes realisiert und wirklich äusserst engagiert gearbeitet. Jetzt haben wir neue Herausforderungen; ich habe sie genannt. Sie liegen im Bereich des Produktionsmixes und im Bereich der Margen. Und das ist im Grunde genommen auch der Zielkonflikt. Sie müssen Folgendes wissen: Wie auch immer wir den Produktionsmix hin zu einem höheren Anteil an erneuerbaren Energien ändern, wird dies zumindest in den nächsten Jahren – bis schliesslich die Wirtschaftlichkeit der erneuerbaren Energien eingetreten ist – Auswirkungen auf die Margen haben. Es wird zu höheren Strompreisen kommen, womit die Wettbewerbsfähigkeit aufs Spiel gesetzt wird. Wollen Sie das? Wollen das wirklich alle hier in diesem Saal? Wir können natürlich auch sagen, die Preise bleiben tief, aber die Gewinne werden auch geringer. Wollen wir das? Wollen wir auf 4,5 Mio. Franken verzichten? Das sind rund 2 Steuerprozent. Mit diesem Geld können wir andere Aufgaben wahrnehmen, im Bereich der Bildung, der Gesundheit und in anderen Bereichen. Wollen wir wirklich auf dieses Geld verzichten? Das sind die Fragen, die wir uns stellen werden. Ich finde es jetzt schon anspruchsvoll, um es vorsichtig auszudrücken, dass man vom Regierungsrat innert Kürze Antworten verlangt. Wir haben erkannt, dass die EKS AG sich neu ausrichten muss. Ich habe von einer neuen strategischen Ausrichtung gesprochen. Wir sind bereits dabei, es ist ein Prozess, der von unten nach oben verläuft. Da müssen auch die Mitarbeitenden einbezogen werden. Sie müssen mit im Boot sein, damit sie auch mitziehen. Auch die Geschäftsleitung, der Verwaltungsrat und letztlich auch der Regierungsrat müssen dabei sein. Mit dem Regierungsrat haben wir die erste Aussprache geführt, wie diese Ausrichtung aussehen könnte. Im Lauf des zweiten Halbjahrs 2010 werden wir diesen Prozess abschliessen. Aber damit Heinz Rether nun doch noch etwas Konkretes zur Verfügung hat, nenne ich ihm ein Stichwort; der Verwaltungsrat hat nämlich

einen Entscheid gefällt, wo er sich künftig vermehrt engagieren will: im Bereich des Contracting. Hier will er effektiv vermehrt einsteigen, damit eben auch mit erneuerbaren Energien Wärme produziert werden kann.

Iren Eichenberger (ÖBS): Eine Wahrheit fehlt mir noch in der Diskussion. Ich habe aus den vorangegangenen Voten immer wieder gehört, bei diesen Investitionen in erneuerbare Energien handle es sich offenbar um eine Art Wohltätigkeit. Das ist doch bei Weitem nicht wahr, Christian Heydecker. Das sind alles Investitionen, die hier in der Region wieder reinvestiert werden. Und das ist doch äusserst sinnvoll. Oder möchten Sie ewig von diesen Erdölländern abhängig bleiben und diese Potentaten unterstützen? Ich meine, da haben wir allen Grund zum Umdenken.

Kantonsratspräsident Patrick Strasser (SP): Es liegen mir keine Wortmeldungen mehr vor. Somit haben Sie vom Geschäftsbericht 2008/09 der EKS AG Kenntnis genommen.

Ich bedanke mich im Namen des Kantonsrates bei der Geschäftsleitung und auch bei allen Mitarbeitenden der EKS AG für die Arbeit, die sie im vergangenen Geschäftsjahr geleistet haben. – Das Geschäft ist erledigt.

Schluss der Sitzung: 12.00 Uhr